

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mifflinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme höherstens 4 Bogen vor dem Druckanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. Februar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wer wird Reichspräsident?
Wenn die Nazis nicht wählen.

SPD. Die Frage, wer wird Reichspräsident, hat Nazi-Goebbels dieser Tage dahin beantwortet, dass nur der gewählt wird, "den wir", also die Nazis "wählen". Goebbels hat schon des öfteren falsch prophezeit, und wie so oft, dürfte er auch diesmal daneben gehauen haben. Reichspräsident wird nicht, wenn die Nazis wählen. Reichspräsident wird, wenn die Mehrheit des Volkes wählt, und dass diese Mehrheit nicht auf der Seite der Nazis steht, ist für jedermann klar, der nicht, wie die Phantasten des Dritten Reiches, den Blick für die Wirklichkeit verloren hat.

Im Grunde genommen weiss auch der Gendarm von Hildburghausen und seine Umgebung, dass sich um sie nur eine Minderheit des Volkes schart und diese Minderheit in ihrem Gros nichts anderes ist, als ein zusammengelaufener Haufe von unzufriedenen Menschen, die bei dem "Dritten Reich" dabei sein möchten, um als Stellenbewerber zu Arbeit und Brot zu kommen. Nur wird das Dritte Reich nie Wirklichkeit werden. Insofern spekuliert der Haufe um Hitler falsch und wir vermuten, dass ihm schneller die Augen aufgehen werden, als es mancher noch heute denkt. Daran wird auch die Bundesgenossenschaft Hitlers und Hugenbergs nichts ändern.

Hitler und Hugenberg repräsentieren in Deutschland ebenfalls nur eine Minderheit, die sich zwar wie die Mehrheit gebärdet und aufspielt, aber darum noch längst keine Mehrheit ist. Selbst in Hessen, wo die Voraussetzungen für Parteien wie die Nazis und die Deutschnationalen, die nur von der Not der Gegenwart leben, sie bis zum letzten auszunutzen, ja noch zu steigern trachten, besonders gegeben waren und sind, blieben die Harzburger bei den letzten Wahlen weit hinter der Mehrheit zurück. In Württemberg, in Hamburg und wo in der letzten Zeit sonst noch gewählt wurde, das gleiche Bild, obwohl die Harzburger Front geschlossen aufmarschierte und sicherlich den letzten zaudernden Spiessbürger für sich an die Urne brachte.

Wird sich das am 13. März, am Tage der Reichspräsidentenwahl, ändern? Wir zweifeln allen Ernstes daran, und zwar auch für den Fall, dass der "Stahlhelm" und der "Kyffhäuser-Bund" mit der Harzburger Front aufmarschieren. Einmal haben die Harzburger ihre letzten Reserven schon bei den letzten Wahlen ausgeschöpft, zum anderen aber bedeutet der Aufmarsch des "Stahlhelm" und ähnlicher Verbände für die Harzburger keineswegs eine Verstärkung dieser Front. Ihre Mitglieder sind fast reslos Wähler der Harzburger Parteien. Deshalb würde ihr Bekenntnis gegen Hindenburg für die politischen Parteien der Harzburger Front kaum ein Plus an Stimmen bedeuten - eine Entscheidung für Hindenburg dagegen den Zusammenhalt dieser Verbände in Frage und ihre wirkliche Stärke als feste Organisation öffentlich unter Beweis stellen. Es kommt zu alledem hinzu, dass es zurzeit kaum eine Organisation gibt, die in so peinlicher Lage ist wie der "Stahlhelm" und die heute so sehr wie der "Stahlhelm" erkennen lässt, dass sie zu einem namhaften, selbständigen und staatspoli-

tischen Entschluss nicht fähig ist. So schreibt beispielsweise der Stahlhelm-Pressedienst in seiner letzten Nummer unter der Ueberschrift "Der selbständige Weg des Stahlhelm":

"Die massgebenden Stellen haben bisher auch die vom Stahlhelm geteilte Auffassung vertreten, dass die Wiederwahl Hindenburgs kein eigentlicher Wahlakt im demokratischen Sinne sein sollte, sondern eine Kürung, die den eigentlichen Wahlkampf überflüssig machte. Von dieser Auffassung, die der persönlichen Würde des Reichspräsidenten entspreche, ist man offenbar jetzt abgegangen; denn es muss als das Ergebnis der informatorischen Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Stahlhelmbundesführern festgestellt werden, dass der Reichspräsident seine Kandidatur für die kommende Wahl aufrechterhält, auch wenn diese Wahl zu einem scharfen Kampf der Parteien werden sollte. Wir bedauern diese Sinnesänderung vor allem im Interesse des Reichspräsidenten selbst. Der Stahlhelm kann sich aber dadurch nicht von seiner gradlinigen Politik abhalten lassen. Es sei möglich, dass der Kyffhäuserbund der Kriegervereine binnen kurzem mit einem Aufruf zugunsten der Wiederwahl Hindenburgs an die Öffentlichkeit tritt. Politisch hat der Kyffhäuserbund allein diesen Schritt zu verantworten. Aber der Hinweis ist notwendig, dass die meisten Mitglieder dieses Bundes in irgendeiner Weise politisch den Parteien und anderen Bünden, insbesondere dem Stahlhelm verbunden sind. Eine nüchterne zahlenmässige Abwägung ergibt also möglicherweise ein ganz anderes Bild als die "blosse Betrachtung der stattlichen Millionenzahl des Kyffhäuserbundes"."

Das letztere gilt selbstverständlich auch vom Stahlhelm, wie von all den Rechtsverbänden überhaupt. Hier ist von einheitlicher, wirklich politischer Willensbildung so wenig die Rede, wie die Führer dieser Verbände darauf rechnen können, als staatsmännische Genies gewertet zu werden.

Wie politisch naiv ist diese verlautbarung des Stahlhelm, die nicht nur seine ganze Verlegenheit und Entschlusslosigkeit, sondern zugleich auch seine politische Primitivität zeigt! Sie mutet Hindenburg zu, dass er von seiner Kandidatur, die er im Interesse Deutschlands ins Auge fasst, in der er einen Akt der Pflichterfüllung gegenüber dem Staate und dem Volke erblickt, sofort Abstand nehmen müsse, wenn Leute vom Schlage eines Goebbels die Dreistigkeit besitzen, ihm ein Geschäft mit seinem Pflichtgefühl proponieren - ohne dass sie danach gefragt worden sind. Wie merkwürdig muss der soviel gerühmte Pflichtbegriff des Stahlhelm sein, wie wenig Verständnis muss die Stahlhelmführung für die wirkliche Persönlichkeit ihres Ehrenpräsidenten haben, wenn sie seine Entscheidung abhängig machen will von den Schiebungsgelüsten eines kleinen Kläffers!

Die Abweisung ihrer Feilschereien nötigt die Stahlhelmführer nun, Farbe zu bekennen und zwar bis Sonnabend! Es ist ihnen Angst davor, wie der ganzen Harzburger Front Angst davor ist. Die Kundgebung der Christlichen Gewerkschaften für Hindenburg, die im Gegensatz zum Stahlhelm einen wirklichen, und zahlenmässig ins Gewicht fallenden politischen Willensfaktor darstellen, zeigt ihnen ihre Grenzen, wenn es an die wirkliche Kraftprobe geht!

So steht die Partie für den Falleiner Kandidatur Hindenburgs heute so, dass Reichspräsident wird, den die Nazis nicht wählen!

SPD. Genf, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Der spanische Aussenminister Zulueta unterbreitete der Abrüstungskonferenz am Freitag praktische Vorschläge, die vor allem den Abschluss der endgültigen Konvention auf der Grundlage des Artikels 8 des Völkerbundspaktes vorsehen.

Die Parteien sollen nach dem spanischen Vorschlag kein Recht auf Kündigung der Konvention, sondern nur ein Recht auf Eintragung von Revisionen haben. Zu Lande sollen alle Waffen abgeschafft werden, die durch Mehrheitsbeschluss der Konferenz als Angriffswaffe bezeichnet werden. Ferner soll die

endgültige Konvention vervollständigt werden durch die Einführung der Konvention von 1925 über die Kontrolle des internationalen Waffenhandels und einer von der Konferenz noch zu schaffenden Konvention über die internationale und nationale Kontrolle der privaten und staatlichen Waffen- und Munitionsherstellung. Zur See wünscht Spanien ebenfalls ein Verbot von Schlachtschiffen über 10 000 Tonnen mit einer Beschiessung von 203 Millimeter sowie U-Boote über 1000 Tonnen und einem zum Angriff verwendbaren Aktionsradius. Schliesslich wird völlige Abschaffung der militärischen und der Internationalisierung der zivilen Luftfahrt verlangt.

In seiner ausgezeichneten Begründungsrede wandte sich Zulueta gegen die Versuche, den Krieg zu humanisieren. Der Krieg habe seine eigenen Gesetze und die Kriegführenden würden in der Praxis nur diejenigen Mittel zur Humanisierung des Krieges annehmen, die dem militärischen Erfolg nicht schaden. Solche Erörterungen entfernten die Konferenz von ihrem wahren Ziele. Dieses Ziel bestehe nicht darin, den chemischen Luft- oder U-Boot-Krieg zu unterdrücken, sondern den Krieg überhaupt. Spanien wolle auch nicht untersuchen, ob die Abrüstung der Sicherheiten vorausgehen müsse oder umgekehrt. Beide würden wachsen im gleichen Schritt mit der Organisation des Friedens, die durch das Fernbleiben der Vereinigten Staaten und Sowjetrusslands vom Völkerbund sehr erschwert würden. Das Gebäude des Friedens sei so lange auf Sand gebaut, als die nationalen Volkswirtschaften ihre Gegensätzlichkeiten nicht in internationale Zusammenarbeit verwandelt hätten. Das Ziel der spanischen Vorschläge sei die Begrenzung von Heeren und Rüstungen auf das notwendigste für die innere Ordnung, die internationalen Verpflichtungen und den Dienst für den Völkerbund, die Herabsetzung der Flotten auf den Dienst der Küstenpolizei, die Kontrollisierung der Meerengen und den nationalen Beitrag für die internationale Polizeiflotte und endlich die Verwendung der Luftfahrt nur für internationale zivile Aufgaben.

Der dänische Aussenminister Munch nahm die Aufforderung des Reichskanzlers Dr. Brüning auf und machte sich zum Anwalt einer Vermittlungsaktion der Kleinen Mächte. Er stellte diejenigen Prinzipien zusammen, über die bereits eine weitgehende Einmütigkeit in der Generalaussprache zu verzeichnen ist: Verbot der Angriffswaffen, Herabsetzung der Militärbudgets, Kontrolle und Sanktionen durch ein internationales Exekutivorgan sowie Internationalisierung der zivilen Luftfahrt. Die Wirksamkeit einer internationalen Armee und aller anderen Mittel zur Zusammenarbeit hänge vom Grad der Herabsetzung der Rüstungen ab. Dänemark ziehe eine vollständige Lösung der Aufrüstung nicht in Betracht, weil sie jetzt noch unmöglich sei. Die deutsche Delegation habe auf der Gleichheit der Rechte für alle Staaten in der Abrüstung bestanden. Wenn die Konferenz sich auf die Verminderung der Freiheit des Rüstens der durch Verträge nicht abgerüsteten Staaten und einer gewissen Herabsetzung ihrer Rüstungen einigen könne, so habe sie schon einen sehr wichtigen Schritt auf diese Gleichheit zu gemacht. Und wenn man gleichzeitig das Problem einer schrittweisen Rüstungsverminderung annehmen könne, so sei das Prinzip der Gleichheit sozusagen anerkannt, selbst wenn man auch im Augenblick auf seine völlige Verwirklichung verzichten müsse.

Der tschechoslowakische Aussenminister Benesch machte sehr viel Worte, um die absolute Gefolgschaft hinter Frankreich zu verkleiden. Seine Regierung sei für den vorbereitenden Konventionsentwurf und für die Annahme des französischen Vorschlages in seiner Gesamtheit oder in den Teilen, die von den anderen Mächten angenommen würden. Wenn er ferner für gewisse Ergänzungen der vorbereitenden Konvention durch bessere Kontrollmassnahmen und Sanktionen eintrat, sowie die Verstärkung der Schiedsgerichtsbarkeit und Friedenssicherung verlangte, so lag das nur in der Linie der französischen Politik.

SPD. Paris, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Obstruktion der Linksparteien in der Kammer gegen die Wahlreform ist, wie zu erwarten war, ergebnislos geblieben. Die Kammer hat am Freitag-Mittag in Abwesenheit der Abgeordneten der Opposition einstimmig ein neues, von dem Abgeordneten de Tastes vorgeschlagenes Wahlsystem gebilligt, das die Abschaffung des zweiten Wahlganges und die Wahl der Abgeordneten mit einfacher Stimmenmehrheit, aber mindestens mit 25 Prozent der überhaupt abgegebenen Stimmen vorsieht. Dazu wurde ein Antrag de Monzie, den Frauen unter denselben Bedingungen wie den Männern das aktive und passive Wahlrecht zu geben und ein Antrag Labrone, der die Ausübung des Wahlrechts zu einer Pflicht macht, angenommen.

Um 1/8 Uhr morgens billigte die Kammer mit 220 gegen 138 Stimmen den Antrag des Innenministers, die Sitzung zur Beratung der Wahlreform fortzusetzen. Zwei von den Sozialisten Frossard und Planché eingebrachte Vertagungsanträge wurden abgelehnt. Der Vorsitzende der Wahlrechtskommission, Mandel, unterbreitete darauf der Kammer nicht den ursprünglichen von der Kommission gebilligten Reformvorschlag, der die Wahl der Abgeordneten mit 40 Prozent der abgegebenen Stimmen verlangte, sondern den erwähnten Gegenvorschlag des Abgeordneten de Tastes, den die Kommission in der Donnerstagsitzung unter dem Protest der Mitglieder der Oppositionsparteien gutgeheissen hatte. Dieses Verfahren widerspricht dem parlamentarischen Brauch und wurde daher von den Rednern der Linksparteien scharf verurteilt. Mit 217 gegen 1 Stimme (die gesamte Linke enthielt sich der Stimme) beschloss die Kammer auf den Antrag Mandels den Gegenentwurf zur Beratung zu stellen.

Jetzt bestieg Herriot die Tribüne, um in einer meisterhaften Rede im Namen der gesamten Linken das Vorgehen der Regierungsmehrheit, der Regierung und der Wahlrechtskommission zu brandmarken. Er erklärte, die Mehrheit wolle mit dem neuen Wahlsystem die Bildung eines Linkskartells für den zweiten Wahlgang verhindern. Die Folge dieser Wahlreform werde aber die Zerschmetterung der Mittelparteien und die Bildung eines Rechts- und eines Linksblocks sein. Das Volk werde in Zukunft nur noch zwischen der Politik der Roten und der Weissen zu wählen haben. Dieser Zustand sei Frankreichs unwürdig. Die Linke lehne es ab, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

=====

SPD. Frankfurt/M., 12. Febr. (Eig. Dr.)

Der in Berlin verhaftete Falschgeldfabrikant Salaban hat, wie jetzt festgestellt worden ist, vor 8 Jahren auch in Frankfurt Betrügereien verübt. Salaban, der sich damals noch "Meissner" nannte, war von Hamburg aus mit verschiedenen Frankfurter Gymnasien in Verbindung getreten, um für Schüler der Anstalten Nordlandfahrten zum Preise von 110 Mark zu vermitteln. Aus den Fahrten wurde aber nichts, da Salaban sich mit den übersandten Geldern aus dem Staube machte.

=====

SPD. Das Preussische Kabinett verabschiedete am Freitag den preussischen Etat, der sich in den Einnahmen und Ausgaben deckt. Der Etat wird in der kommenden Woche dem preussischen Staatsrat zugehen und in der übernächsten Woche den Preussischen Landtag beschäftigen.

=====

SPD. Die Entscheidung des Reichspräsidenten über die Annahme der ihm angetragenen Volkskandidatur zur Reichspräsidentenwahl ist für Sonnabend-Nachmittag zu erwarten. Wahrscheinlich wird sich der Reichspräsident in einer kurzen Erklärung für die Annahme der Kandidatur entscheiden.

+ + +

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat dem Reichspräsidenten am Freitag folgendes Telegramm übermittelt:

"Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bittet den Herrn Reichspräsidenten im Namen der deutschen christlichen nationalen Arbeiterschaft, dem Wunsche des Volkes stattzugeben und nochmals das verantwortungsvolle Amt des Präsidenten des Reiches auf sich zu nehmen, um das deutsche Volk zur inneren Befriedung und nationalen Freiheit zu führen."

Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gehört u.a. auch der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband an.

+ + +

Die Harzburger treten am Sonnabend wieder zu einer Beratung zusammen. Sie beraten und beraten.....

SPD. Darmstadt, 12. Februar (Eig. Dr.)

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Graf Solms teilte in einer Versammlung mit, dass die Nazifraktion in dem am Dienstag zusammentretenden Hessischen Landtag nicht für den deutschnationalen Auflösungsantrag stimmen werde. Damit ist die Ablehnung des Antrages sicher, da zur Auflösung eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Vielleicht aber rufen die Nazis bis Dienstag nochmals um. Bisher waren sie für die sofortige Aufhebung des Landtags.

SPD. London, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Einschliessung einer grösseren Anzahl von Waren in die zollfreie Liste, die mit der Vorlage des Zollgesetzes bekannt wurde, trägt dem Prinzip, Rohstoffe nicht zu verteuern, weitgehend Rechnung. Zugleich hat das Gesetz aber den Schutzzöllnern und Empire-Freihändlern den Anlass zu einem neuen Vorstoss gegeben.

Flachs, Häute, Zellstoff, Zeitungspapier, Kautschuk, Zinnerz, die neben den früher genannten Waren auf der Liste stehen, sind Güter, die im Bereich des englischen Weltreichs hergestellt werden und deren Einfuhr mit einem Zoll belastet werden müsste. Als Schutz für die Landwirtschaft im Zusammenhang mit den übrigen am Donnerstag angekündigten Massnahmen, gehen den Schutzzöllnern die Zölle längst nicht weit genug. So hört man es von allen Seiten innerhalb und ausserhalb des Parlaments. Vertreter der landwirtschaftlichen und industriellen Interessen, die höhere Zölle von der Regierung verlangen, drängten sich am Freitag noch zahlreicher als sonst in den Wandelgängen des Parlaments. Zu den durch die Liste der zollfreien Waren Enttäuschten gehören auch die Dominions. Die Ausnahme von Zellstoff und Zeitungspapier ist ein besonders interessantes Beispiel für die Schwierigkeiten des Empire-Freihandels. Kanada kann den ganzen Bedarf Englands decken, die Sperrung der Einfuhr dieser Artikel aus Schweden würde aber den englischen Export nach Schweden aufs Spiel setzen.

SPD. Paris, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Dem Führer der Radikalen Herriot wurde nach Beendigung seiner Kammerrede gegen die Wahlreform von der gesamten Linken eine ungeheure Ovation dargebracht. Dann verliessen sie die Kammer, während die Rechte die Beratungen fortsetzte. Die Sitzung dauerte bis 2 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags, also insgesamt 22 Stunden.

Die Wahlreformvorlage wird jetzt dem Senat überwiesen, der sie aller Wahrscheinlichkeit nach ablehnen wird, sodass der Kampf in der Kammer nutzlos gewesen sein dürfte. Vor allem dürfte sich der Senat gegen das obligatorische Stimmrecht, das übrigens der Verfassung widerspricht, und gegen das Frauenstimmrecht erklären, das er bisher stets abgelehnt hat.

SPD. Hamburg, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Hamburger Hafenviertel St. Pauli wurde von Altonaer Polizeibeamten der 30 Jahre alte Arbeiter Gustav Koppel aus Huentropp bei Bochum als Mörder der Blankeneser Kapitänshefrau Hauschild festgenommen. Ein Teil der gerauchten Sachen wurde wiedergefunden.

SPD. Paris, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Die radikale Kammerfraktion hat den Vorsitzenden der Finanzkommission, Malvy, und den Generalberichterstatte Lamoureux, die beide der radikalen Fraktion angehören, aufgefordert, ihre Ämter niederzulegen, da durch die Erklärung des Ministerpräsidenten zu dem am Donnerstag in der Kammer gestellten Antrag des radikalen Abgeordneten Bonnet, den Budgetentwurf an die Kommission zurückzuverweisen, die gesamte Debatte zu einer pölitischen Angelegenheit geworden sei. Die beiden Abgeordneten haben sich der Aufforderung gefügt und erklärten am Freitag-Abend ihren Rücktritt. Ihre Demission hat bei den Mehrheitsparteien grosses Aufsehen erregt. Sie wird als ein Manöver der Radikalen gegen die Regierung betrachtet und zwar zu dem Zweck, die Verabschiedung des Budgets zu verzögern und der Regierungsmehrheit allein die Verantwortung für die gegenwärtigen budgetären Schwierigkeiten zu überlassen.

SPD. Genf, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Der chinesische Delegierte beim Völkerbund hat an den Rat eine Note gerichtet, in der er im Auftrage seiner Regierung die sofortige Einberufung der Völkerbundsversammlung mit der Tagesordnung: "Der chinesisch-japanische Konflikt" fordert. In dem Schreiben heisst es, dass, wenn der Rat selbst von sich aus die Absicht habe, den Streitfall an die Vollversammlung zu verweisen, China seinen Antrag zugunsten eines solchen Vorgehens zurückziehen werde. Voraussichtlich aber wird der völkerbundsrat es der chinesischen Delegation überlassen, die Angelegenheit vor die Völkerbundsversammlung zu bringen. Damit steht ausser Zweifel, dass sich die Versammlung mit der Frage befassen wird.

SPD. Liegnitz, 12. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Liegnitzer Erweiterte Schöffengericht verurteilte am Freitag mehrere landwirtschaftliche Bedienstete wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs zu hohen Gefängnisstrafen.

Anlässlich einer am 3. Juni 1931 in Neundorf Kreis Bunzlau angesetzten Zwangsversteigerung von zwei wegen Steuerrückständen gepfändeten Schweinen kam es zu grossen Tumulten. Aus der ganzen Umgegend waren etwa 200 der Landvolkbewegung angehörende Landwirte erschienen, die schwere Ausschreitungen gegen den Vollziehungsbeamten und einen von ihm mitgebrachten Fleischer verübten. Schlimmeres wurde durch rechtzeitige Einsetzung von Landjägern und Schutzpolizei verhütet.

Auf der Anklagebank sassendrei Landwirte und zwei von ihnen verhetzte Melker, allem Anschein nach Nazis, während gegen einen sechsten Angeklagten, der nicht erschienen war, das Verfahren abgetrennt wurde. Der Staatsanwalt beantragte wegen Aufruhrs und schweren Landfriedensbruchs gegendie fünf Angeklagten 31 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen den Landwirt Alois Hepke aus Neundorf auf 3 Monate Gefängnis, gegen den Melker August Reifner auf 6 Monate und den Melker Franz Maciejek auf 4 Monate Gefängnis. Der Landwirt Hermann Müller aus Giersdorf Kreis Löwenberg, der den sozialdemokratischen Bunzlauer Landrat Köhne als roten Hund und Lügner bezeichnet hatte, erhielt wegen öffentlicher Beleidigung 3 Wochen Gefängnis. Ein Angeklagter wurde frei gesprochen.

SPD. Der Schrittmacher der Nazis, Hugenberg der Sture, lässt die Mitwelt wissen, dass er die Einbürgerung des Gendarms von Hildburghausen und früheren Deserteurs der österreichischen Armee "für ein selbstverständliches Gebot nationalen Empfindens" halte. Die Deutschnationalen würden deshalb die der Einbürgerung des Ausländers Hitler entgegenstehenden Hindernisse "auf irgendeinem zulässigen und möglichen Weg so schnell wie möglich beseitigen" helfen!

Und wie wird sich Hitler erkenntlich zeigen? Allem Anschein nach ist seine Einbürgerung und zu erwartende Ernennung zum Professor der Technischen Hochschule in Braunschweig als Kaufpreis für die Wiederherstellung der nunmehr schon dutzendmale zusammengebrochenen Harzburger Front zu werten. Vom Gendarm zum Professor - das ist im gewöhnlichen Leben immerhin ein bemerkenswerter Aufstieg, für Nazi-Hitler bedeutet er jedoch eine neue Verlegenheit und damit Lächerlichkeit.....

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Die eiserne Front im Lande.

Wie die Nazi provozieren.

SPD. Die rednerisch tätigen Parteifreunde, die zu den besonderen Lieblingen der Nazi und Kommunisten gehören, haben sich im Laufe der Jahre an mancherlei gewöhnen müssen, besonders an unartikulierte Laute und unverständliche Beschwörungsformeln in den Versammlungen. Ueber die Kommunisten braucht in diesem Zusammenhang kein Wort gesagt zu werden, man steht immer wieder wie vor Rätseln, wenn man ihre Sprüchlein, durch die sie die Nazi in fröhliche Stimmung versetzen, vernimmt. Arme Irre!

Dagegen muss ein Wort gesagt werden über das Verhalten der Nazi. Sie gehen in jüngster Zeit offenbar darauf aus, unsere Versammlungen planmässig zu stören unsere Parteifreunde unter allen Umständen zu provozieren. Ein Abend im Westwald, der vielen Erlebnissen aus der letzten Zeit ähnelt, war typisch für das Verfahren der Nazi und manches andere. In dem Dorfe Holzappel im unteren Lahnkreis sind die Hitleranhänger weit zahlreicher, als alle übrigen Parteien zusammen. Das war also die richtige Gegend für uns. Zu Dritt trafen wir abends halb acht Uhr vor dem Versammlungslokale ein. Dort standen ungefähr hundert Nazi, die keinen Platz mehr in dem bereits seit zwei Stunden überfüllten Saale hatten finden können. Ihre Stimmung war wenig freundlich, nehmen wir an nur deshalb, weil sie teilweise stundenweit hergekommen waren. Der Saal war zu fünf Sechsteln mit Arbeitern, die zumeist auch aus Nachbardörfern herbeigeeilt waren, besetzt. Dass es im Saale nicht schon zu ernsthaften Zusammenstössen kam, war ausschliesslich der eisernen Disziplin unserer Anhänger zu danken. Die Hakenkreuzler waren nämlich in einer Saalecke aufmarschiert, jeder seine Parteimütze, mit einem silbergleichen Totenkopf geziert, auf dem Kopfe. Man stellte sich vor, in eine Versammlung der Nazi rückte ein Trupp Reichsbannerleute, die Mützen auf dem Kopfe, geschlossen ein! Das würden die Hitlerbuben als unerhörte Provokation ausschreien und landauf landab verkünden. Nebenbei gesagt: in einem solchen Falle würden die Reichsbannerleute als kleine Minderheiten den Saal bestimmt nicht unverwundet verlassen können.

Polizeilicher Saalschutz war nur einmal zu sehen, nämlich als der Kopf eines Landjägers zur Türe hereinschaute. Dass Landjäger aufgeboten waren, zeigte sich nach Schluss der Versammlung.

Zu dem Saal im ersten Stock gelangte man durch einen engen Hausflur und dann über eine schmale winkelige Treppe. Als fast alle Versammlungsbesucher den Saal verlassen hatten und einige Parteifreunde mit mir hinuntergehen wollten, standen auf der Treppe zahlreiche "Kämpfer für das Dritte Reich". Kaum war ich auf der Treppe sichtbar geworden, als der Anführer der legalen Kämpfer erst in das zu gleicher Erde gelegene Wirtszimmer, dann allen seinen auf der Treppe und im Flur versammelten Freunden zuschrie: "Achtung! Jetzt kommt er!" Dutzende von Händen fuhren automatisch in die Höhe und alle Hitlerbuben heulten im Sprechchor: "Deutschland erwache! Wer hat uns verraten -?" usw. usw. Mit grösster Mühe nur konnten wir uns durch die Provokateure nach der Strasse zu hindurchdrängeln. Zwischen den im Flur ausgerichtet dastehenden Nazi standen aber, wie aus Stein gemeisselt, mehrere Landjäger. Die Situation erschien uns derart, dass wir uns mit Recht fragen konnten, warum die Landjäger die Hitlersprüchlein nicht mitsprachen! Für die Sicherheitsbeamten wäre es absolut selbstverständlich gewesen, dass sie die Treppe und den Hausflur für die von oben kommenden Versammlungsbesucher freigemacht und freigehalten hätten. Nichts von alledem. Vielleicht fehlte es ihnen an den erforderlichen Dienstinstruktionen. Die Nazi konnten in der provozierendsten Weise Hausflur und Treppen verstopfen. Wenn es in diesem Falle nicht zu Schlägereien gekommen ist, so ist das ausschliessliches Verdienst der politisch und gewerkschaftlich erzogenen Arbeiter.

Da die Gegner der Republik, die in unsere Versammlungen nur kommen, um zu stören, die bisherige Form der Einladungen "zu Kundgebungen für die Republik" offenbar nicht verstehen wollen, werden wir auch noch, um Zusammenstöße nach Möglichkeit zu vermeiden, dazu übergehen müssen, uns ausdrücklich den Besuch von Kommunisten und Nationalsozialisten zu verbitten. Im Uebrigen sei gesagt, dass die Stimmung in allen Teilen des Landes überall die gleiche ist: die eiserne Front erstarkt ersichtlich und wie ein freudiges Aufatmen geht es durch die Arbeitermassen - als sei ein Bann von ihnen genommen.

Die Republik ist erwacht!

Ph. Scheidemann.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Direktoren der Schultheiss-Patzsch
hofer A.G. wurde am Freitag der Leiter der Buchhaltung der Ostwerke, Blättermann, vernommen. Der Zeuge hat seinerzeit die Bilanz fertiggestellt.

Auf Anordnung des angeklagten Generaldirektors Penzlin hat Blättermann die Forderungen an die Nutria als Bankguthaben behandelt; ein Vorgehen, das die Anklage als Bilanzverschleierung ansieht. Ganz besonders verwickelt hat man bei den Buchungstransaktionen mit der Norddeutschen Hefeindustrie gearbeitet. Die Finanzabteilung der Ostwerke war aus "steuertechnischen" Gründen auf die Norddeutsche Hefeindustrie übertragen worden. Um aber die Norddeutsche Hefeindustrie nicht zu belasten, übernehmen die Ostwerke eine Bürgschaft für die Geschäfte der Abteilung. Die Geschäfte dieser Finanzabteilung erschienen allerdings nicht in der Bilanz der Nordhefe, sondern wurden auf eine jener mysteriösen Tochtergesellschaften, die immer wieder in diesem Prozess auftauchen und die so etwas wie Potemkin'sche Dörfer darzustellen scheinen, um- und später wieder zurückgebucht. Der Manager dieser Bilanz-Salto mortales, die der Vorsitzende spöttisch eine "ungewöhnliche Idee" und "doppelte Buchführung" nennt, war wohl Rechtsanwalt von Falkenhayn, der seinerzeitige Vorstand der Nordhefe, mit dem der Zeuge Blättermann - wie er angibt - das Buchungsmanöver durchgesprochen hatte. Man hatte allerseits "keine Bedenken".

Als der Vorsitzende den Angeklagten Penzlin fragt, warum er die Forderungen an der Nutria mit Bankschulden kompensiert habe, bekundet der Angeklagte, dass er mit seinem Verhalten nur einen "alten Brauch weitergeführt" habe. Die Revisionskommission habe keinerlei Einwendungen gemacht. Rechtsanwalt von Falkenhayn, der ausserst lässig auftritt und sich als den "Vater der Nutria" bezeichnet, bekundet, dass die Bearbeitung der Geschäftsberichte der Ostwerke bis zum Jahre 1928/29 seine Aufgabe gewesen sei. Bei einer Besprechung habe man sich darauf geeinigt, die Finanzabteilung auf die Nordhefe zu übertragen. Er habe sich keinerlei Gedanken gemacht, weil Schultheiss und Ostwerke für die Engagements der Finanzabteilung jeder Zeit haftet hätten. Dem Zeugen erschien, wie er angibt, die Transaktion als eine Art Treuhandgeschäft der Nordhefe für den Gesamtkonzern. Die Uebernahme in die Nordhefe-Bilanz hätte, so meint von Falkenhayn, ein schiefes Bild ergeben. Auf den Gedanken, den Saldo der Finanzabteilung auf die "Tochtergesellschaft" zu übertragen, ist man ebenfalls im Laufe einer "Unterhaltung" gekommen. Als der Staatsanwalt fragt, ob Penzlin bekannt gewesen sei, dass und wie die Engagements aus der Nordhefe-Bilanz herausgebucht worden sind, antwortet der Zeuge: "Ihm war gerade so viel bekannt, wie im Revisionsbericht stand." Der Zeuge hält schliesslich für nicht wahrscheinlich, dass Penzlin von der Uebertragung auf die "Tochtergesellschaft" gewusst hat. In seinem Bestreben, zu bagatellisieren, erklärt er lächelnd das Ganze für eine "Formalität".

Die Verteidigung von Falkenhayn wird wegen des Verdachts der Mittäterschaft an der Bilanzverschleierung ausgesetzt.

Aus aller Welt

Wanderung ins Nichts.

Vorsicht vor "Auswanderungsgesellschaften"! - Bericht eines Arbeitslosen.

SPD. In Wien kam man kürzlich einem Auswanderungsschwindel auf die Spur. Ein "Auswanderungsunternehmer" liess sich von jungen Erwerbslosen je 50 Schilling zahlen und versprach ihnen dafür Ueberfahrt, Arbeit und Staatskredite für eine Siedlung in Rhodesia (Südafrika). Zahlreiche Erwerbslose gingen dem Mann, dem sie einen Retter aus aller Not sehen, auf den Leim. Als sie sich zur Abfahrt auf dem Bahnhof einfanden, waren aber weder Fahrkarten noch der Transportleiter zu sehen. Der Herr hatte es vorgezogen, allein das Weite zu suchen. Nachfolgend schildert ein Berliner erwerbsloser Arbeiter ein entsprechendes Erlebnis mit einem anderen Schwindelunternehmen dieser Art.

Unser Ziel: Guyana.

"Tagaus, tagein vergebliche Arbeitsuche; ewige Wanderung durch die endlose Weltstadt. Die letzten Reserven waren aufgebraucht, es musste wieder einmal etwas geschehen, um nicht abzusacken. Da flog eines Tages ein grüner Zettel ins Haus, der Prospekt eines deutschen Auswanderungsbüros in Antwerpen. Es wurden Leute, kräftige, erfahrene, junge Handwerker gesucht für eine Siedlung in Guyana, in Südamerika.

Wir waren jung, die Hoffnungslosigkeit unserer Lage in Deutschland gab schnell reifenden Plänen immer wieder Auftrieb. Wir bewarben uns und schrieben um eine Chance nach Guayana. Keiner wusste so recht, was dort eigentlich los sei. Die einzelnen im Prospekt angeführten Orte waren auf keiner zugänglichen Karte zu finden, und seit der Schulzeit war der Name Guayana nie wieder durch das Reich unserer Gedanken gewandert. Nach Tagen traf Antwort ein. Sieben Mann hoch zogen wir nach einem Lokal der Friedrichsstadt, in dessen Hinterzimmer ein Vertreter des Auswanderungsbüros uns Aufklärung über das ganze Unternehmen geben sollte.

Mit der letzten Unterstützung in der Tasche tranken wir zunächst erst einmal auf das Gelingen des Unternehmens, dann fragten wir nach dem Herrn des Auswanderungsbüros und stiegen ins Hinterzimmer, wo bereits eine Schar junger, kräftiger Männer wartete. Es waren Unternehmungslustige, vielleicht auch nur sensationshungrige Menschen, ich zählte dreissig. Nach einer halben Stunde erschien endlich auch der "Herr Vertreter" und begann nach flüchtiger Begrüssung mit dem Vortrag. Es handelte sich um mehrere vor Jahren von Auswanderern gegründete Siedlungen, in denen grosser Mangel an geschulten Arbeitskräften, besonders an Handwerkern, herrschen sollte. Der "Herr Vertreter" wusste sehr geschickt die Pointen zu mixen, und servierte uns eine Darstellung aller Glücksmöglichkeiten in diesem fernen Lande, wie sie sonst nur beim Garnspinnen der Seeleute vorzukommen pflegt. Sogar die Regierung des Landes sei an Einwanderungsplänen interessiert und garantiere vorgeblich Jedem freie Rückreise, wenn er sich auf zwei Jahre verpflichtete. Der Vortrag "sass".

Eine rege Fragestellung schloss sich an. Der Vertreter gab die Bedingungen im richtigen Zeitpunkte bekannt, als die Erregung auf das Höchste gestiegen war. Fünfzig Mark sollten binnen vierzehn Tagen bei der "Auswanderungsgesellschaft" - das war er selbst - hinterlegt werden. Drei Wochen später, wenn die Antwort der Regierung eingetroffen sei, müssten dann noch weitere einhundertundfünfzig Mark eingezahlt werden. Zwei Tage danach sollte dann die Reise losgehen. Passchwierigkeiten bestanden nicht. Jeder hatte sich nur einen Pass mit belgischem Visum zu beschaffen, für die anderen Papiere sorgte

"die Gesellschaft". Ausser den einzuzahlenden zweihundert Mark entstanden keine Unkosten. Für die Unterbringung in Südamerika und für die Fahrt zum Siedlungsort sorgte - angeblich - die Regierung, die auch, wie aus einer "amtlichen Zuschrift", die in der Uebersetzung verlesen und im Original vorgezeigt wurde, hervorging die notwendigen Arbeitsmittel, Geräte etc., zur freien Verfügung hielt und gegen langfristige Kredite den Einwanderern überliess. Natürlich schrieben sich sofort achtzehn von den dreissig Anwesenden in die amtlichen Vordrucke ein, und wir anderen gingen fast ausnahmslos mit dem festen Entschluss davon, irgendwie und beschleunigt das erforderliche Geld aufzutreiben, um auch nach Guayana auswandern zu können. Ich auch - -!

Nach vierzehn Tagen vergeblicher Mühen bei Bekannten, Freunden und Verwandten, auf Leihhäusern, bei Trödlern und Bücheraufkäufern, musste ich feststellen, dass ich keinesfalls in der Lage war, auch nur fünfzig Mark aufzubringen und musste deshalb auf die weittragenden Pläne verzichten. Meine Freunde bedauerten das sehr, sie hatten sich Geld ausgeliehen und zeichneten erst fünfzig, und später einhundertfünfzig Mark auf das Konto des "Auswanderungsbüros". Sie waren begeistert und sprachen fortan nur noch von Orchideen, Baumwollfeldern, Zuckerrübenplantagen, Traktoren, Erntemaschinen und anderen exotischen Dingen mehr. Ich war traurig und beneidete sie. Es ist schwer, allein und ohne Kameraden stempeln gehen zu müssen...

Am Tage der Abreise zog ich mit den "Auswanderern" zum Bahnhof Friedrichstrasse. Koffer, Kisten, Rucksäcke stapelten sich auf dem Bahnsteige, die letzten Berliner Zeitungen wurden eingekauft, ein grosses Abschiednehmen gab es - dann verschwanden die Kameraden unseren Blicken. Ein Trost blieb uns allen. den Bräuten, Müttern und mir - man würde uns nachholen, sobald erstmal drüben fester Fuss gefasst und die Konjunktur sich in handfesten Milreis und Peseten ausgedrückt hätte. Wir träumten also weiter vom fernen Glück und trösteten uns über den ersten Trennungsschmerz.

Wochen vergingen, wir wähten die Kameraden längst auf hoher See, da traf ein Brief ein, Poststempel: Antwerpen! Es war ein gotteslästerlicher Brief von meinem Freunde, er schimpfte und fluchte auf den Teufel und alle Welt und ganz besonders auf das Auswanderungsbüro. Kurzum: - man hatte sie alle geprellt. In Antwerpen waren sie ausgeladen und in einem der billigen Schiffergasthöfe einquartiert worden. Dort hatten sie wochenlang auf die Abreise gewartet, bis ihnen der Spass zu dumm wurde: sie suchten nun, das Auswanderungsbüro auf, aber - das existierte nicht mehr: die Herren waren aufgehetzt; man sagte: nach Frankreich. Nun sassen die "Auswanderer" in ohne Mittel, ohne Hilfe, jeder Willkür ausgeliefert. Auf den Amtsschreiben liess man ihnen lakonisch mit, dass sie Schwindlern in die Hände gefallen seien. Die Freunde hatten alle Hoffnungen aufgegeben, jemals ins Land des Milreis und der Peseten zu kommen! Aus der Verheissung "Guayana" war eine Wanderung in eine trostlose, graue Nichts geworden. Die Rückkehr bedeutete: erdrückende Schuldlast, trostloses Elend und Verbitterung.

"Ich warne Neugierige!"

-a-

+ + +
Sklareks "Stadtbankkomplex". Im Berliner Sklarek-Prozess wurde am Freitag in denjenigen Teil der Beweisaufnahme eingetreten, der sich auf den Stadtbankkomplex bezieht. Der als Zeuge vernommene Girokassen-Leiter Hoge, der gelegentlich bei Revisionen das Geschäftshaus der Firma Sklarek aufgesucht hatte, bekundete, dass Leo Sklarek zwei bis dreimal mit dem Ersuchen an ihn herangetreten sei, eine Ueberziehung des Kontos zuzulassen. Hoge meinte ferner, dass er den Eindruck gehabt habe, dass ihn Sklareks gern als Kunden gewinnen wollten. Hoge trat aber weder mit den Sklareks in geschäftliche noch private Beziehungen. Als dann der Vorsitzende auf Befragen feststellte, dass die Sklareks ein Schreibzeug, eine Tischdecke und eine Radierung für Hoges Dienstzimmer

geschenkt hätten, erklärte Leo Sklarek: "Das Dienstzimmer war so dürftig ausgestattet; da wollte ich es etwas hübscher machen..."

Freispruch eines Nazi-Diebs! Vom Schnellrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte wurde der 22-jährige Nazi Friedrich Herbert, der aus einem Berliner Rüst-lokal der "Eisernen Front" ein Eisernes Buch entwendet hatte, aber gefasst werden konnte, "aus rechtlichen Gründen" freigesprochen. Der Angeklagte, der vor Gericht die Diebstahlsabsicht feige bestritt und lediglich den Versuch einer Sachbeschädigung zugab, spielte sich als Held auf. Der Staatsanwalt, dessen Antrag auf zwei Wochen Gefängnis und drei Wochen Haft lautete, trat dem Laus-jungen mit den Worten entgegen: "Das was Sie getan haben, ist kein Husaren-stück gewesen, sondern eine grobe Eserei, durch die das Ansehen der Eisernen Front nicht im geringsten geschwächt worden ist." Der Vorsitzende meinte je-doch entgegen dem ziemlich eindeutigen Ergebnis der Beweisaufnahme, dass dem Angeklagten "nur der Versuch einer Urkundenunterdrückung und nicht eine Zu-eignungsabsicht" nachgewiesen werden konnte.

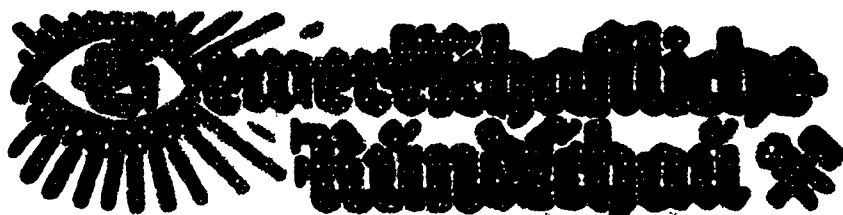
Seiffert in Südfrankreich? Der Berliner Staatsanwaltschaft ist mitge-teilt worden, dass sich der seit mehreren Wochen flüchtige Bankdirektor Willi Seiffert von der zusammengebrochenen Berliner "Bank für Handel und Grundbe-sitz" bei Bekannten in Südfrankreich aufhalten soll. Die Berliner Staatsan-waltschaft hat sich mit den zuständigen französischen Behörden in Verbindung gesetzt, um die eventuelle Festnahme des flüchtigen Bankdirektors zu veran-lassen.

Bestätigtes Todesurteil. Das Reichsgericht bestätigte am Freitag das vom Schwurgericht Torgau gefällte Todesurteil gegen den Landarbeiter Franz Leh-mann. Lehmann war bereits im Jahre 1921 wegen Raubmords an dem Bauunternehmer und Aufseher Paul Münchenberg aus Dahme in der Mark unter Anklage gestellt, wurde aber wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Zehn Jahre später bezieht-e sich Lehmann selbst als Täter, widerrief dann in der neu anberaumten Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht in Torgau sein Geständnis und behaup-tete, dass er es nur in der Absicht abgelegt habe, sich zu rehabilitieren. Das Torgauer Schwurgericht hielt jedoch auf Grund des abgelegten Geständnisse und auf Grund neuer belastender Zeugenaussagen Lehmanns Täterschaft für er-wiesen.

Elbe ohne Schiffe. Infolge starken Eisganges ist auf der Unterelbe der Schiffsverkehr in beiden Richtungen zum Erliegen gebracht. Ebenso musste auf dem Main die Schifffahrt eingestellt werden. Main, Neckar, Nahe und Mosel fü-ren Treibeis. Die Lahn ist an vielen Stellen zugefroren. Auf dem Rhein ist die Zunahme des vorerst noch geringen Treibeises zu erwarten.

Das tödliche Spiel. In Bochum-Gerthe fanden fünf Kinder eines erwerbslo-sen Bergmannes im Bett ihres Vaters einen geladenen ungesicherten Revolver. Der fünfjährige Sohn forderte einen jüngeren Bruder auf, gegen die Wand zu schiessen. Das Kind drückte ab und traf den älteren Bruder in den Kopf. Der Schuss war tödlich.

Drei Brüder ertrunken. Auf dem Dorfteich von Bütlingen (Landkreis Lüne-burg) brachen drei Söhne eines Hofbesitzers auf dem Eise ein und ertranken. Die Knaben waren drei, neun und elf Jahre alt.



Arbeit für den Preiskommissar.

SPD. Der Husarenritt des Preisüberwachungskommissar Dr. Goerdeler auf das Gebiet des Arbeitslosenschutzes musste den Eindruck erwecken, als ob der Preisabbau - seine eigentliche Aufgabe - ihm nicht genügen oder als ob auf dem Gebiet des Preisabbaus die Hauptarbeit bereits erledigt sei. In der Arbeiterschaft ist man ganz anderer Auffassung. Sie muss immer wieder feststellen, dass bis jetzt auch nicht annähernd ein Ausgleich für den Lohn- und Gehaltsabbau bei den Preisen erfolgt ist. Nach wie vor besteht die Tatsache, dass der Lohnausfall von 10 % nur etwa zur Hälfte und der von 15 % nur zu einem Drittel ausgeglichen ist. Die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, macht daher den Preisüberwachungskommissar nachdrücklich darauf aufmerksam, dass für ihn noch eine Menge unerledigter Arbeit vorhanden ist.

Nicht nur auf dem monopolistisch beherrschten Gebiet, sondern auch sonst - so betont die Gewerkschaftszeitung - konnten sich einzelne mächtige Wirtschaftsklassen unter Einsatz ihres Einflusses der Preisanpassung weitgehend entziehen. Das sind z.B. die Brauereien. Sie haben nach fast endlosen Kämpfen trotz erheblicher Kostenentlastung nicht einmal den Abbausatz von 10 % bewilligt. Anstelle der ursprünglich vom Preiskommissar geforderten Ermässigung der Brauereipreise um 5 Mark pro Hektoliter wurde nur eine solche um 2 Mark durchgesetzt. Der Zigarettentrust hält eine Preisanpassung anscheinend überhaupt nicht für nötig. Die grössten Preisüberhöhungen, nämlich die für wichtige agrарische Erzeugnisse bestehen unangefochten fort. Die deutschen Preise für Brotgetreide und Zucker liegen nicht nur gewaltig über den Weltmarktpreisen, sondern auch bereits völlig ausserhalb des deutschen Preisniveaus. Der Grosshandelspreis für Butter ist in Auswirkung der masslosen Zollerhöhung binnen 2 Wochen um 20 Mark pro Zentner gestiegen. Noch bei einer ganzen Reihe wichtiger Lebensmittel wie Milch, Eier, Hülsenfrüchte, Gemüse, Fische usw. sind Kürzungen der Handelszuschläge unbedingt notwendig. Auch für Bekleidungswaren, Hausrat und Haushaltsartikel sind Preisanpassungen erforderlich. Ebenso müssen Ratenzahlungen mindestens in die eingetretene Zinssenkung vermindert werden. Auf dem Gebiet der Gebührensenkung ist ebenfalls noch viel nachzuholen, vor allem ist eine Senkung der Reichsbahntarife für den Berufsverkehr unerlässlich. Eine Verbilligung der Rundfunkgebühren sowie der Eintrittspreise Lichtspieltheater wäre alles andere als Luxus. Dringend akut bleibt nach wie vor das Mietenproblem, insbesondere für das Heer der Neubaumieter und der Untermieter. Möglichkeiten hierzu lägen hauptsächlich in der Streckung der Hypothekentilgung. Unverzüglich müsste die Regierung zur Regelung der Neubaumieter sowie der Untermieter die gesetzlichen Massnahmen treffen.

Das ist ein ganzer Berg von Arbeit. Zu seiner Bewältigung wurde Herr Goerdeler zum Preisabbaukommissar ernannt. Die Erfüllung der ihm gestellten und noch nicht gelösten Aufgaben ist so dringend, dass er sich mit ganzer Kraft auf die Ueberwindung des Widerstandes der Interessenten stürzen müsste. Will er etwas erreichen, dann muss er seine Unterlassungen mit grösster Beschleunigung nachholen. "Die Verschleppung des Preisabbaus", sagt die Gewerkschaftszeitung, "hat bereits neue Schichten von Preissteigerungen hervorgerufen, die sich in einer endlos schlagartigen Preissteigerung für die Lohn- und Gehaltsarbeiter auswirken. Es ist daher dringend notwendig, dass der Preisabbau als ein einheitliches wirtschaftliches Programm durchgeführt wird, wenn weiteres wirtschaftliches Unheil vermieden werden soll."

SPD. Ausländische Landarbeiter werden im Jahre 1932 neu nicht mehr nach Deutschland hereingelassen, nachdem der Reichsrat einer dementsprechenden Vorlage des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt hat. Wie notwendig und berechtigt dieser Beschluss ist, geht aus einem interessanten Aufsatz hervor, den der Vorsitzende des Arbeitsamtes Greifswald, Regierungsrat Dr. Paul Pagel, in der neuesten Nummer der "Sozialen Praxis" (Heft 6) unter dem Titel "Arbeitslosenversicherung und Arbeitswilligkeit auf dem Lande" veröffentlicht hat. Für die Frage, ob ausländische Wanderarbeiter für die Landwirtschaft notwendig sind oder nicht - so führt Pagel aus - war die Hackfruchternte des vergangenen Jahres von entscheidender Bedeutung. "An Ausländern war bekanntlich 1931 nur noch reichlich die Hälfte der Zahl des Vorjahres zugelassen. Die Ernte ist aber glatt geschafft, obgleich zu Beginn des vorigen Jahres teilweise von Arbeitgeberseite die schwärzesten Prognosen gestellt wurden. Die aus anderen Gründen notwendig gewordene Einschränkung des Zuckerrübenbaus hat gewiss mitgeholfen. Entscheidend aber war der im Jahre 1931 ganz offensichtlichliche Wille der Arbeitslosen, auf alle Fälle wieder in Arbeit zu kommen. Seit Jahren seien schon ausser den Ausländern auch einheimische Kräfte bei Rübenpflege- und -erntearbeiten beschäftigt worden, und zwar hätten nicht etwa nur bäuerliche, sondern auch grosse ostelbische Betriebe ihren ständigen Kräften stets eine bestimmte Fläche zur Bearbeitung übertragen. Schwierigkeiten habe es bis vor kurzem immer noch gemacht, betriebsfremde Kräfte besonders in der Rübenenernte unterzubringen. Der Erfolg mit ständigem Personal habe zum Teil die Ausländerarbeit übertroffen. So habe in einem Grossbetrieb im Jahre 1927 der Ertrag an Zuckerrüben pro Morgen bei Inländern 192 Zentner, bei Ausländern 96 Zentner betragen. Das möge eine Ausnahme sein, aber auch in anderen Grossbetrieben sei die Spitzenleistung durch einheimische Kräfte erzielt worden. Im vergangenen Jahr hätten sich die Grossbetriebe infolge des Ausländerabbaus bereits in erheblichem Umfang heimische Wanderarbeiter, grossenteils aus Schlesien und Ostpreussen, zum Teil sogar aus Berlin, beschafft. Auch die Vermittlung durch die Arbeitsämter zur Rübenenernte sei trotz teilweise ungünstiger Witterung über Erwarten gut gelungen. Die Höhe der Vergütung habe zunächst Schwierigkeiten gemacht, da sie im gleichen Bezirk zwischen 18 und 24 Mark pro Morgen schwankte. Der tägliche Verdienst habe im Durchschnitt 4,50 Mark betragen. Arbeitslose hätten sich freiwillig zu Rübenerntearbeiten gemeldet, obwohl der Verdienst durch den Ausfall infolge von Regentagen sich zum Teil auf 3,40 Mark täglich verringert habe. Beteiligt hätten sich nicht nur Landarbeiter, sondern z.B. auf einem Gut auch Kraftfahrer, Bauhandwerker, Gärtner, Fleischer, Sattler, Bäcker usw. Gerade die langfristig Arbeitslosen hätten im vergangenen Herbst versucht, in der Rüben- und Kartoffelernte Arbeit zu finden.

SPD. Auch in den bayerischen Bergen gibt es Erholungsstätten, die nach dem wissenschaftlichen Urteil berühmter Hygieniker den Vergleich mit den winterlichen Sonnenkurplätzen der Schweiz sehr wohl aushalten. Dazu zählt in erster Linie der Raintalerhof, das Ferienheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes, das 2½ Wegstunden oberhalb Garmisch-Partenkirchen an einem sonnenbestrahlten Südhang liegt. Die klare waldwürzige Winterluft macht den Aufenthalt zu einem wahren Gesundheitsborn. Der Freund des Wintersportes hat hier unerschöpfliche Gelegenheit zur Betätigung. Vom 8. Februar bis einschliesslich 15. März werden kostenlos ständige Skikurse für Anfänger und Fortgeschrittene unter Leitung sorgfältig ausgebildeter und geprüfter Skilehrer des Touristenvereins "Die Naturfreunde" durchgeführt.

Pensionspreise einschliesslich aller Nebenausgaben wie Kurtaxe, Bedienungsgeld, Schuhputzen etc. je nach Zimmerlage Mk. 4,50 bis Mk. 6.00. Anfragen und Anmeldungen sind direkt an Hotel Raintalerhof Garmisch-Partenkirchen zu richten. Wer's machen kann, auf nach Garmisch-Partenkirchen! Vielleicht gibt es noch einige Sportidealisten, die nebenbei auch noch Sparkünstler sind.

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstages hat am Freitag einer von der Sozialdemokratie - im Zusammenhang mit einer Abänderung der Notverordnung über Aktienrecht - geforderten wichtigen Verbesserung des Rechtes der Betriebsräte zugestimmt. Danach wird das Recht der Betriebsräte, sowohl dem Aufsichtsrat als auch der Generalversammlung der Unternehmungen anzugehören, nunmehr auch im Handelsgesetzbuch verankert. Ferner erhalten die Betriebsräte das Recht, nicht nur an allen Sitzungen der Aufsichtsräte, sondern auch an den Sitzungen der vom Aufsichtsrat eingesetzten Ausschüsse teilzunehmen.

Damit wird der bisher üblichen Sabotage der Mitwirkung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten vieler Unternehmungen ein Ende gemacht; denn die wichtigeren Entscheidungen waren fast stets aus den Vollversammlungen der Aufsichtsräte in die Ausschüsse verlegt worden.

SPD. Das Protokoll des Leipziger Afa-Gewerkschaftskongresses ist im Freien Volksverlag Berlin NW.40 erschienen. Das Kernstück des Protokolls besteht in den Referaten von Hilferding und Aufhäuser. Hilferding sprach in Leipzig über "Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft", Aufhäuser über "Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung".

Aufhäusers Ausführungen sind gerade jetzt von besonderem Interesse, weil die Hitler-Illusion bei der rechtsstehenden Angestelltenschaft zurzeit eine Rolle spielt. Diese Illusion ist nur aus der Ideologie der bürgerlichen Angestelltenbewegung zu erklären.

SPD. Die Bezirksgruppe Schlesien des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller hat schon jetzt den Bezirkstarifvertrag und die Löhne vorsorglich zum 30. April gekündigt und Abänderungen angemeldet.

Die Zigarrenfabrikanten - allem Anschein geht die Kündigung auf einen Entschluss des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller zurück - haben es mit der Kündigung fürchtbar eilig. Sie wollen Durchschnittsverdienste von 32,5 Pfennig noch weiter abbauen.

Noch ist der Preisausgleich nicht durchgeführt und da kommen schon wieder neue Lohnabbaubestrebungen.

SPD. Bei der ostoberschlesischen Knappschaft wurden die Pensionen um 10 % gekürzt. Die Invaliden wollen, da ihre Bezüge schon bisher fürchterlich niedrig waren, bei den Behörden intervenieren.

SPD. Auf den deutsch=oberschlesischen Bergwerken erfolgten zum 15. Februar Massenkündigungen der polnischen Arbeiter. Die Johannesgrube will z.B. 1 350 und die Hohenzollergrube 390 polnische Arbeiter abbauen. Die Zahl der polnischen Staatsangehörigen, die auf den deutsch=oberschlesischen Bergwerken arbeiten und die in Ostoberschlesien wohnen, beträgt ungefähr 6 000.

Deutsche Optanten, die in Ostoberschlesien wohnen, aber in Deutsch=Oberschlesien Beschäftigung haben, werden, wie verlautet, von der Kündigung nicht betroffen.

Der Abbau der Polen soll eine Gegenmassregel gegen den Abbau Reichsdeutscher in den Betrieben von Polnisch=Oberschlesien sein.

Politik und Warenmärkte.

Unsicherheit verhindert die Entspannung.

SPD. Man hat jahrelang die These vom Primat der Wirtschaft verkündet und muss jetzt einsehen, dass die Politik das Schicksal der Wirtschaft ist. Ehe nicht eine kluge Politik die entsprechenden Voraussetzungen schafft, ist an eine Erholung der Wirtschaft nicht zu denken. Man erinnert sich dabei an ein Wort, das ein angesehener Bankier gelegentlich der Stillhalteverhandlungen in Berlin prägte, wonach die Länder nur einen guten Valutakurs haben können, wenn sie eine gute Politik betreiben.

Ein Beweis für diese Auffassung ist die Entwicklung an den Weltgetreidemärkten. Hier waren eine Zeit lang Auswirkungen der kriegerischen Verwicklungen in China zu beobachten. Ein Krieg, er mag noch so klein und noch so entfernt sein, wie er will, führt den Getreidemärkten stets Käufer zu und erzwingt Preissteigerungen. Das scheint so in der ganzen Kriegspsychose zu liegen. Man darf sich deshalb nicht wundern, dass amerikanische Grossspekulanten in dem Augenblick, wo die japanischen Kanonen vor Shanghai donnerten, an der Getreidebörse in Chicago den Versuch machten, die Preise zu treiben. Das ging für einige Tage. Dann brach die schön begonnene Getreidehausse in Chicago zusammen. Und seitdem neigen die Getreidepreise in der ganzen Welt unter Schwankungen dazu, wieder nach unten zu gehen.

Das entspricht eigentlich nicht der Lage an den Getreidemärkten. Wir haben einen milden und schneearmen Winter, nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auf der ganzen nördlichen Erdhälfte. Ein solcher milder Winter ohne Schneedecke gilt gerade nicht als Vorbote guter Ernten. Andererseits ist die letzte Welt-ernte nach den vorliegenden Statistiken so klein ausgefallen, dass an sich eine Verringerung der grossen Vorratsbestände, die nun jahrelang auf den Markt und auf den Preis drücken, eintreten muss. Auch ist zu bedenken, dass diese Vorräte schon lange lagern und dass sie dadurch nicht besser geworden sind. Wenn man die Schäden berücksichtigt, dürften die Vorräte weit geringer sein, als die Statistiken besagen. Weiter hat sich herausgestellt, dass eine ganze Anzahl europäischer Länder in der zweiten Hälfte des Getreidejahres, also bis Mitte Sommer 1932, noch recht beträchtliche Getreidemengen in den überseeischen Ueber-schussgebieten aufkaufen müssen.

Alle diese Faktoren müssten die Weltgetreidemärkte anregen und unter normalen Verhältnissen auf diesen Märkten eine Situation schaffen, die es ermöglichte, den ersehnten Schlussstrich unter die Deflation zu ziehen. Die natürlichen Voraussetzungen für eine Beendigung der Deflation auf den Weltgetreidemärkten sind da. Aber eine Belebung des Marktes ist bisher nicht eingetreten. Fragt man nach den Gründen, so braucht man nur auf die völlige Verworrenheit der Kredit-, Zahlungs- und Zollverhältnisse zu verweisen. Dem Handel fehlt angesichts dieser Dinge der Mut, etwas Rechtes zu unternehmen. Das Risiko ist zu gross. Man hat kein Vertrauen. Diese Verworrenheit aber entspricht nur einer verworrenen Politik, die es bisher noch nicht fertiggebracht hat, hier klare Verhältnisse zu schaffen. Es sei auch darauf verwiesen, dass eine ganze Reihe von Staaten durch Einfuhrverbote und durch überhöhte Zölle, die Einfuhrverbote gleichkommen, eine gewisse Initiative, das Eingreifen des Handels in den Markt ausschalten und so der kapitalistischen Wirtschaft eine Anregung nehmen, auf die

Die Wirtschaft eben eingestellt ist. Wir müssen uns darüber klar sein, dass der gegenwärtige Protektionismus in aller Welt Hauptgrund für die Verlängerung und Verschärfung der Wirtschaftskrise ist.

Weniger günstig für eine natürliche Ankurbelung der Wirtschaft liegen die Voraussetzungen auf den Metallmärkten. Hier spielt eine Industrie eine entscheidende Rolle, die durch die letzten Konjunkturjahre emporgetrieben wurde und der letzten Konjunktur ein besonderes Gepräge gab, die amerikanische Automobilindustrie. Es gibt amerikanische Theoretiker, die behaupten, dass es für die amerikanische Automobilindustrie so bald nicht etwas Rechtes werden wird, wenn die amerikanische Wirtschaftsgeschichte zeige, dass solche Industrien, auch in Konjunkturzeiten gewissermassen überentwickelt haben, was man von der amerikanischen Autoindustrie wohl sagen kann, nach der Krise immer hinter anderen Wirtschaftszweigen zurückgeblieben seien. Das wäre für die Rohstoffmärkte von entscheidender Bedeutung. Die amerikanische Automobilindustrie ist z. B. einer der grössten Zinnverbraucher. Weil in Amerika weniger Autos gekauft werden als früher, wachsen die Zinnbestände in aller Welt, trotz verschärfter Produktionseinschränkung, an. Die Bestände drücken aber auf den Markt und auf den Preis und erzwingen immer weitere Produktionsdrosselungen. So ist es auch auf den anderen Metallmärkten. Man versucht immer wieder, durch Kartelle und ähnliche Kombinationen die Märkte zu manipulieren. So waren die Amerikaner z. B. dabei, nach den letzten Kartellverhandlungen den Kupferpreis zu treiben. Der Rückschlag blieb nicht aus; er hat den Kupferpreis auf einen neuen Tiefstand geworfen, der sicherlich jetzt überall unter den Gesteitungskosten liegt.

Von der amerikanischen Automobilindustrie hängt auch der Gummimarkt ab. Diesem Markt geht es ebenso schlecht wie seinem Grossabnehmer, der amerikanischen Autoindustrie. Beim Zucker verschärfen sich die Spannungen innerhalb der im vorigen Jahr gegründeten internationalen Konvention weiter. Vor allem hat sich herausgestellt, dass man in Kuba, entgegen den Erwartungen, die Produktion nur in geringem Ausmass gedrosselt hat. Man wird abwarten müssen, wie sich die an der internationalen Zuckerkonvention beteiligten Länder damit abfinden werden. Unter den Kolonialwaren ist lediglich Kaffee fest geblieben. Der Kaffeemarkt ist aber durchaus künstlich, da die Preise von den Brasilianern "gemacht" werden. Man muss sich dabei nur wundern, dass Brasilien immer noch Geldgeber findet, um den Kaffeemarkt zu manipulieren.

Eine Ausnahme macht nach wie vor der Textilrohstoffmarkt. Die Preise schwanken kaum. Die Stimmung ist hier ohne Zweifel fester als auf anderen Gebieten. Das ist, konjunkturmässig gesehen, kein schlechtes Zeichen. Aber die ruhige Stimmung und der etwas flottere Absatz sind noch zu jung, als dass man Schlüsse daraus ziehen könnte, besonders angesichts der Tatsache, dass die gesamte Weltlage nicht geeignet ist, Wirtschaftsoptimismus anzuregen.

SPD. Für die planmässige Durchführung von Notstandsarbeiten im Jahre 1932 bringt die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. aus laufen den Einnahmen (Zinsen für früher gewährte Darlehen usw.) rund 30 Millionen Mark auf. Die Summe wird sich durch Mittel, die die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gewährt, auf 50 Millionen Mark erhöhen. Von den Ländern, die ebenfalls Beiträge zu leisten haben, dürften für das Jahr 1932 ins Gewicht fallende Zuschüsse kaum zu erwarten sein. Bei den Arbeiten denkt man an die Fortführung bereits angefangener Projekte. In Frage kommen die Seidenbachstalsperre bei Chemnitz, der Rügendamm, die Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Ulm-Stuttgart, der zweigleisige Ausbau der Nordstüdbahn Osterburken-Rottweil, der Ausbau der Staustufe der Rhein-Main-Donau A.-G. bei Erlabrunn, die Neckarkanalisation, die Okertalsperre der Harzwasserwerke bei Osterode usw.

SPD. Der Streit um die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland, in das sogenannte bestrittene Gebiet, an der Küste und an den grossen Wasserwegen bis nach Mitteldeutschland hinein, ist auf der ganzen Linie entbrannt. Für das Ruhrkohlsyndikat, das an diesen englischen Lieferungen in erster Linie interessiert ist, lagen die Dinge eine ganze Zeit lang so, dass der arbeitstägliche Absatz nach dem unbestrittenen Gebiet sich ungefähr so hoch stellte, wie der Absatz nach dem bestrittenen Gebiet. Die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland beruht auf einer Einfuhrgenehmigung, die schon vor dem Kriege bestand und die auch grundsätzlich im deutsch-englischen Handelsvertrag festgelegt ist. Die Entwertung des englischen Pfundes hat natürlich den Konkurrenzkampf in den bestrittenen Gebieten zu Ungunsten des Ruhrkohlsyndikats beeinflusst. So erklärt sich der Wunsch des Ruhrkohlenbergbaus, Massnahmen gegen das Eindringen englischer Kohle zu treffen. Die Regierung gab diesem Wunsch vor einiger Zeit nach, indem sie die Einfuhrmengen hereuntersetzte und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, dass diese Verringerung der Einfuhrmengen keine Massnahme gegen die englische Pfundentwertung sei, sondern dass sie lediglich eine Anpassung an den durch die Krise verringerten Verbrauch in Deutschland darstelle. Damit hat sich das Ruhrkohlsyndikat aber nicht zufrieden gegeben. Es verlangt eine stärkere Drosselung und zwar auf Grund der der Reichsregierung erteilten Ermächtigung, Valutazölle in solchen Fällen einzuführen, wo die Konkurrenz des Auslandes durch Währungsverschlechterung gefördert wird.

Gegen diese Forderung wenden sich jetzt die Importeure englischer Kohle, die z.T. dieselben Kreise sind, die im Ruhrbergbau das grosse Wort führen. Dass angesichts der ganzen Kohlenpreisbildung in Deutschland und der englischen Pfundentwertung das Importieren von englischer Kohle nach Deutschland ein ganz gutes Geschäft ist, braucht wohl nicht betont zu werden. Die Importeure verweisen darauf, dass es nicht die Ruhrkohle sei, die durch die englische Kohle verdrängt werde, sondern dass es sich in den bestrittenen Gebieten um eine Verdrängung der englischen Kohle durch die Ruhrkohle handle. 1924 wären monatlich noch 500 000 Tonnen englischer Kohle nach dem bestrittenen Gebieten in Deutschland gekommen, vor dem 1. Oktober 1931 nur noch 420 000 Tonnen und nach dem 1. Oktober 1931 nur 300 000 Tonnen. Eine weitere Verringerung der Einfuhrmenge müsse die Brennstoffversorgung in den bestrittenen Gebieten verteuern und auch die Arbeitsmärkte in den Häfen, wo die englische Kohle umgeschlagen wird, verschlechtern. Ausserdem tragen sich der englische Bergbau und der englische Kohlenhandel mit dem Gedanken, bei weiteren Massnahmen Deutschlands gegen die Einfuhr englischer Kohle den Konkurrenzkampf in der Art zu verschärfen, wie das der Ruhrbergbau durch Erhebung einer Umlage tue.

Es zeigten sich in dem ganzen Streit Schwierigkeiten, die man hätte vermeiden können, wenn man rechtzeitig zu einer deutsch-englischen oder gar internationalen Kohlenverständigung gekommen wäre. Das Unternehmertum hat aber diese Verständigung immer hintertrieben und sich auf den Standpunkt gestellt, den Kampf bis zum Weissbluten zu führen. Selbstverständlich ist, dass Deutschland sein grösstes Kohlenrevier, das Ruhrrevier, dem es sicherlich dreckig geht und wo die Belegschaft in einigen Jahren weit unter die Hälfte gesunken ist, schützen muss. Jede Tonne englische Kohle, die nach dem bestrittenen Gebiet geht, kostet westfälischen Bergleuten die Arbeitsstelle. Aber man muss berücksichtigen, dass es sich hier nicht nur um die Kohleneinfuhr handelt, sondern um eine handelspolitische Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Die von der Regierung vorgenommene Verringerung der Einfuhrmenge hat in England bereits böses Blut gemacht; aber man hat den Deutschen zugestanden, dass sie dazu berechtigt sind und dass man diese Massnahmen nicht mit Gegenmassnahmen beantworten dürfe. Entspricht die deutsche Regierung aber den Wünschen des Ruhrbergbaus hinsichtlich des Valutazolls, dann muss man mit englischen Gegenmassnahmen rechnen und dabei wäre es sicher, dass Deutschland das schlechteste Geschäft machte. Deutschland würde seine Ausfuhr nach England in einem Ausmass drosseln, das nicht im Verhältnis zu einer Verbesserung unserer Kohlenbilanz steht.

Aus alle dem zeigt sich, wie gefährlich dieses Terrain ist, auf dem die deutsche Handelspolitik in den nächsten Tagen zu operieren haben wird.

SPD. Der Phototrust (Zeiss Ikon A.-G.) belässt es für das verflossene Jahr, bei einem halbierten Reingewinn (728 000 Mark gegenüber 1,4 Millionen Mark im Jahr vorher), bei einer Dividende von 4 Prozent. Im Vorjahr wurden 7,5 Prozent gezahlt. Die Tantiemenzahlungen fallen diesmal fort, ebenso die Sonderrücklage, die das letzte Mal mit 1 Million Mark bedacht wurde. Der wichtige Posten "Abschreibungen" bleibt mit 1,049 Millionen Mark gegen das Vorjahr zurück (1,238 Millionen Mark). Es wird aber bemerkt, dass dieser Betrag ausreicht, um alle Fabrikeinrichtungen, Maschinen usw., auf den Mindestwert zu bringen und die übrigen Anlagekonten auch noch zu senken. So konnte auf dem Beteiligungskonto der Zugang, der durch Neueinrichtungen von Tochtergesellschaften im Auslande entstand, abgebucht werden. Inwieweit der Phototrust seine Kapitalverhältnisse dem Umsatzrückgang angepasst hat, lässt sich, weil dafür keine zahlenmässige Unterlage gegeben wird, schlecht beurteilen. Im Geschäftsbericht wird gesagt, dass die Tonfilmkonjunktur zu Ende sei. Die Theater seien wohl fast restlos mit den entsprechenden Apparaturen ausgerüstet. Die abnehmende Kaufkraft der Bevölkerung äussere sich in einem Übergang zur Kleinkamera (Grösse 3 x 4), dem der Phototrust durch entsprechende Modelle Rechnung getragen hat.

SPD. Der Verlust bei der zusammengebrochenen Zentralbank für Grundbesitz und Handwerk in Kiel beläuft sich, wie in einer Gläubigerversammlung festgestellt wurde, auf 1,5 Millionen Mark. Die Gläubiger haben ein Vergleichsverfahren beantragt und rechnen mit einer Quote von 45 bis 50 Prozent. Eine besondere Rolle spielt bei dieser Pleite der Aufsichtsrat, der deutschnational ist, und sein Vorsitzender, der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Hove. Der Revisor machte ihnen den Vorwurf der Gutgläubigkeit und Fahrlässigkeit. Die Verluste seien insbesondere durch umfangreiche Effektenspekulationen der bei den deutschnationalen Direktoren entstanden, die unerlaubt gewesen seien und die z.T. bis in das Jahr 1925 zurückgingen. Eigentümlich ist es, dass der Aufsichtsrat davon Kenntnis erhielt, aber die schuldigen Direktoren nicht entliess.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: "Vor einiger Zeit war darauf hingewiesen worden, dass zur Einlösung von Nachnahmesendungen im Post- und Güterverkehr, die aus dem Ausland oder dem Saargebiet eingehen, die Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen notwendig ist: Die Importeure werden in ihrem eigenen Interesse sich rechtzeitig um die Genehmigung zu bemühen haben, damit Verzögerungen nicht entstehen. Um eine laufende Kontrolle dieser Genehmigungen möglich zu machen, wird die Reichsbahn und Privatbahnen künftig sämtliche aus dem Ausland eingehende Nachnahmesendungen im Werte von mehr als 200 RM fortlaufend den Devisenbewirtschaftungsstellen mitteilen."

SPD. Der Ernährungsindex des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften beträgt für Januar 1932, Preise von 1926 = 100 gesetzt, 78,9. Die Umrechnung des amtlichen Index nach den Methoden des Zentralverbandes ergibt für Januar 1932 = 80,4.

Weizen fester.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Februar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Freitag die Tendenz weiter ziemlich fest. Das Angebot für promptes Brotgetreide war für beide Sorten gering, zumal das kahnverladene Material weiter fehlte. Es wurden speziell für Weizen höhere Preise von den Landwirten gefordert und bei den wenigen Umsätzen die Zustände kamen, waren auch die Preise etwas höher. Weizen konnte etwa 2 Mark, Roggen 1 Mark gewinnen. Am Markte der Zeitgeschäfte war nur Weizen um 1 bis 1½ Mark höher notiert, während Roggen geringfügige Veränderungen zeigte. Für beide Mehlsorten war die Stimmung gleichfalls etwas fester; jedoch kann von einer Belebung des Geschäftes kaum die Rede sein. Hafer fand in besseren Qualitäten Beachtung. Vielfach wurden etwas höhere Preise gezahlt.

	11. Febr. (ab märkische Station)	12. Febr. (in Mark.)
Weizen	244 - 246	244 - 246
Roggen	194 - 196	195 - 197
Braugerste	160 - 168	160 - 168
Futter- und Industriergerste	153 - 157	153 - 157
Hafer	140 - 148	142 - 150
Weizenmehl	29,00 - 33,00	29,25 - 33,25
Roggenmehl	27,15 - 29,15	27,50 - 29,50
Weizenkleie	9,50 - 9,90	9,50 - 9,90
Roggenkleie	9,50 - 9,90	9,50 - 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsverträge: Weizen März 255½ (Vortrag 254½), Mai 262½ (260). Roggen März 203½ und Brief (203), Mai 210½ und Brief (-). Hafer März 157 und Brief (155½), Mai 163½-163 Brief (161½).

Berliner Viehmarkt.

(12. Februar)

SPD. Bei genügenden Zufuhren konnten die Verkäufer auf dem Schweinemarkt höhere Preise durchsetzen. Die besseren Preise auf dem Rindermarkt dürften darauf beruhen, dass der Auftrieb der Nachfrage nicht ganz entsprach. Glattes Geschäft entwickelte sich auf dem Kälbermarkt, wo die letzten Preise gehalten werden konnten. Auf dem Hammelmarkt gab es einen grösseren Preiseinbruch, der auf starkes Angebot zurückzuführen ist.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 42 - 43 (41-42), c) (200-240 Pfd.) 40 - 42 (40-41), d) (160-200 Pfd.) 38 - 40, (38-39), e) (120 - 160 Pfd.) 35 - 37 (35-36). Sauen 38 - 40 (36-38). Schafe: b) 36 - 38 (37-40), c) 32 - 35 (33-36), d) 22 - 30 (24-30). Kälber: b) 38 - 45 (38-45), c) 30 - 37 (30-37), d) 20 - 28 (20-27). Kühe: a) 26 - 28 (24-26), b) 22-25 (20-23), c) 17 - 20 (16-19), d) 14 - 16 (12-15).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S. P. D.

Berlin, den 12. Februar 1932.

Der Geiger.*

SPD. Ueber dem Abendessen war es zu spät geworden, als dass wir noch hätten ins Theater gehen können. So schlenderten wir, Domenico und ich, um die Zeit totzuschlagen, ziellos durch die Strassen. Wir gingen schweigend und langsam, als befänden wir uns in einer fremden Stadt. Aus den offenen Türen der Kneipen schlug uns das Gegröhle der Betrunknen entgegen, und von ferne begleitete uns das unvermeidliche Requisit der italienischen Stadt bei Nacht: der gleichmässige Schritt zweier patrouillierender Carabinieri. Aus einem Kellergelass brach eine helle Welle Musik hervor, überstürzt von Pauke und Gong. Durch die Öffnung des Ventilators und die schiesschartenähnlichen Fenster sickerte Licht auf den Fusssteig. Dem Eingange gegenüber standen einige Taxi. Die Kutscher schliefen im Fond. Domenico blieb stehen. "Wollen wir hineingehen?"

"Du weisst doch, dass ich nicht tanzen kann."

"Das macht nichts. Wir sehen uns den Betrieb mal an. Komm!"

Wir traten ein. Ein unmöglicher Portier musterte uns von oben bis unten und führte uns in eine düstere Garderobe. Eine schmale Holztreppe stiegen wir hinab in den Tanzsaal. In der Mitte des Raumes tanzten zehn oder zwölf Paare und streiften bei jedem Schritte die kleinen Tische, an denen andre Paare sass, traumversunken, Auge in Auge und fast Mund an Mund. Am äussersten Ende des Raumes hockte auf hohem Podium die Musikkapelle. Mit Mühe ergatterten wir zwei Stühle und ein Tischchen neben dem Podium. Der Höllenlärm der Jazzband verschlug uns fast das Gehör. Durch das Gewühl der Tanzenden wanden sich gleich Schlangemenschen die Kellner und balancierten Champagnerflaschen in Eiskübeln, Früchte auf imitierten Silberplatten, Kaviar und allerlei Dinge, die man eigentlich nicht zu Abend isst. Similibrillanten glitzerten.

Während Domenico tanzte, hatte ich Musse, ein Mädchen zu beobachten, das in Gesellschaft eines dicken älteren Herrn am Tische vor mir sass. Es trug ein Kleid aus blauer Seide und im blonden Haar einen grossen elfenbeinernen Kamm. Es war blond wie der Wein, den es trank, und machte den Eindruck eines völlig unschuldigen, vielleicht etwas neugierigen Haustöchterchens, dem der gute Onkel den harmlosen Wunsch erfüllt hatte, ein Tanzlokal zu besuchen. Das Mädchen gefiel mir. Ich starrte es unausgesetzt an, und von meiner Beharrlichkeit geschmeichelt lächelte es mir zu.

"Engagiere sie doch!" sagte Domenico zu mir.

Ein junger Mann trat an den Tisch der Blondin, verbeugte sich knapp gegen den Dicken, der gönnerhaft nickte, und führte sie zum Tanze. Von seinem Arm umschlungen verschwand sie mit ihm im Gewühl. Vergebens goss ich, meine Eifersucht zu ertränken, eine halbe Flasche Sekt hinunter. Dass ich meine kleine Blonde mit dem Kinderlächeln und dem blauseidenen Kleide von einem Anderen hatte entführen lassen, erschien mir als eine riesengrosse, nie wieder gut zu machende Feigheit. Sie kehrte zurück an den Tisch des "Onkels". Kein Blick, kein Lächeln flog mir mehr zu. Ob sie mich verachtete, weil ich nicht tanzte? Ich konnte jetzt beobachten, wie sie den Geiger betrachtete, der mit heiserer Stimme das Orchester anfeuerte. Bleich, mit halb geschlossenen Augen ragte er inmitten der Musikanten heraus und strich wild und verwegen über die Saiten seines Instruments. Sein schäbiger Frack zuckte im Takte der Melodie. Er spielte wie in Ekstase.

Und sie - sie starrte ihn an, wie zuvor ich sie angestarrt hatte: hingebungsvoll, verloren, begeistert. Ob er ihre langen, langen Blicke erwiderte? Er hielt die Lider gesenkt. Aber wenn er den Kopf zurückwarf und ein Lichtstrahl den schmalen Galitz seiner Augen traf, gab es einen Reflex, der meinem wunden Herzen wehtat. Er presste die Geige an seine Wange, als wäre es das Antlitz einer geliebten Frau, als hielte er die kleine Blonde im Arm.... O, wie ich ihn hasste und ihn doch beneidete! Ich hätte alles darum gegeben, mit ihm zu tauschen, meinen tadellosen Smoking gegen seinen fettigen Frack, mein schweres Herz gegen sein leichtes, meine Betrübnis gegen seine unbändige Fröhlichkeit. Meine Seligkeit hätte ich verkauft für einen einzigen dieser langen, langen Blicke, die ihm galten, und die er auf diese sonderbar aufreizende Weise zu erwidern wusste.

Ich merkte nicht, dass Tanz auf Tanz und Stunde um Stunde vergingen. Bis der Kellner herantrat und die Polizeistunde verkündete.

Das Tanzlokal begann sich zu leeren. Die Musik hörte auf, und die Musikanten versenkten ihre Instrumente sorgsam in Kästen und Futteralen. Während ich zahlte und einige belanglose Worte mit Domenico wechselte, betrachtete ich noch einmal, von Eifersucht gequält, den Geiger. Er schloss seine "Stradivari" in den Kasten, zündete sich eine halbe Zigarre an und stülpte sich eine dürtige Sportmütze über den Kopf. Seine Bewegungen waren seltsam unharmonisch und abgerissen, fast wie die einer Marionette oder - eines Betrunknen. Der Cellist nahm ihn beim Arm und stieg mit dem Schwankenden die drei Stufen des Podiums hinunter.

Der dicke "Onkel" und die blaueidene Blondine erhoben sich. Als sie an mir vorübergingen, fragte ich den Kellner so laut, dass sie, die mich keines Blickes würdigte, es hören musste: "Ist Ihr Geiger immer so betrunken?"

"Nein, Herr," antwortete der Kellner, "er ist blind."

T.Reimann.

----- Bayerischer Bilderbogen.^x -----

SPD. Wenn der Norddeutsche von Bayern spricht, meint er im allgemeinen das Bayern südlich der Donau, oder, genauer bezeichnet, München und sein Hinterland. Boshafte Leute behaupten, bei Erschaffung der Menschen habe der Schöpfer vergessen, die Bayern zu hobeln und zu polieren. Das stimmt aber keineswegs. Die waschechten Bayern sind ganz handsame Leute, mit denen sich umgehen lässt. Und was da alles über "Preussenhass" gefabelt wird, ist halb so wild. Mag die bayerische offizielle Politik auch ihre besonders betonte "eigenstaatliche" Färbung haben, die Bayern selbst sehen den Norddeutschen recht gern, zumal jetzt, wo der Fremdenstrom bedenklich abebbt. Der Fremdenverkehr spielt im wirtschaftlichen Leben Südbayerns eine recht bedeutende Rolle, und da kann man das Schimpfen auf die "Saupreissen" schon garnicht brauchen. Im übrigen führt jeder Münchener Schutzmann das Gerede über den Preussenhass ad absurdum. Die dunkelblau berockten Hüter der Ordnung haben sich nämlich eine echte und rechte preussische Pickelhaube über den Kopf gestülpt und dementieren damit in persona alles antipreussische Gerede. Und diese Pickelhaubenbewehrten sind gar gemütliche Leute.

Am Marienplatz, der seine einstige beschauliche Geruhsamkeit längst verloren hat und von Strassenbahnen, Autos, Motorrädern und sonstigen Verkehrsvehikeln gar wimmelig belebt ist, wird ein bayerischer Ordnungshüter von ein paar Norddeutschen angesprochen: "Entschuldigen Sie, Herr Wachtmeister, können Sie uns nicht sagen, wo hier etwas los ist....?" Es war schon nicht mehr ganz früh am Abend. "Naa," sagt der Pickelhaubenmann, "dös kann i net." - "Aber, Sie sind doch Verkehrsschutzmann", beharren die Fremden, "und wir sind doch gewissermassen ein Stück Fremdenverkehr, da müssen Sie uns doch Auskunft

geben können". Darauf der Schutzmann: "Ja, Auskunft kann i scho ge'm. Aba nur über andere Sachen" - jetzt lacht er übers ganze Gesicht wie ein Honigkuchenpferd und rügt verschmitzt hinzu - "aba den verkehr, den wo Sie moan, für den bin i net da..." Das ist Münchener Gemütlichkeit. Nun müsste die Sache aber nicht in München gewesen sein, wenn sich, da ein Schutzmann von vier Leuten umringt war, nicht gleich noch ein halbes Dutzend dazugesellt hätte. Hilfsbereit, wie der Münchener nun einmal ist, bietet sich gleich einer an, die verweigerte Auskunft zu geben. "Was möchtens denn wiss'n...?" - "Könnten Sie uns nicht sagen, wo wir was erleben können...?" - "Ja," meint der Bayer, "dös können's leicht ha'm. Da gengens jetzt pfeilgrad ins Hofbräu, stellns Eana auf an Tisch und singen: "Ich bin ein Preusse, kennt Ihr meine Farben"; da garantier' i Eana, nachert könnens was erleben!" Die übrige Korona lacht, und unsre Preussen haben lieber darauf verzichtet, die Probe aufs Exempel zu machen. Sie ergaben sich statt dessen dem Studium der Bierologie und haben dabei sicherlich auch allerleihand erlebt.

Am Vormittag trifft man sich, wenn man fremd in München ist, im Hofbräu. Unten ist die "Schwemm". Das ist nur etwas für die Eingessessenen. Man trinkt das Bier aus grossen Masskrügen, sitzt dabei in einem verräucherten Lokal; die Luft ist so dick, dass man zwei daraus machen könnte, und Bierdunst liegt über allem. Zwischen den Stuhl- und Bankreihen segeln wohlbeleibte Kellnerinnen, die in jeder Hand etwa sechs Masskrüge tragen. Hintendrein kommt das Wassermädel, in jeder Hand ein paar Teller mit Weisswürsten. Aber die Weisswürste gibt's auch oben im ersten Stock in der Trinkstube, allwo die Fremden sich meist niederlassen. Hier hört man alle deutschen Zungen klingen. Sächsisch, Berlinerisch, Schwäbisch, Hamburgisch und wer weiss, was für Dialekte noch. Als am Tische neben uns eine Berlinerin Weisswürste bestellt und die Kellnerin fragt: "A Hells oder a Dunkels dazu?" und die Berlinerin meint: "Nein, ich trinke eine Himbeerlimonade", da hätte nicht viel gefehlt, und die Zenzl wäre in Ohnmacht gefallen. "O, Jesses, Marie and Josef! Gibt's denn dös aa? Himbeerlimonade zu die Weisswürsch! So was könnens bei uns net ham. Aha a Springerl bring i Eana. Limonade zu Weisswürsten ist für den Münchener eine Schändung seines Heiligtums.

Wir erkundigten uns nach dem "Braunen Haus" und bekamen bereitwilligst Auskunft. Ueber den Odeonsplatz sollten wir gehen, die Briennerstrasse hinunter, dann an dem grossen Obelisk vorbei. "Wissens, der hat an jeder Ecke an grossen Schafskopf am Sockel. Dös ist zweng die Schafsköpf, die wo mit'n Napoleon seinerzeit nach Russland sind und elendiglich darfrorn san. Also, da gengens vorbei und immer gradaus! Dann seh'ns schon die vielen reinen Autos vor an grossen Haus. Dös is dös "Braune Haus". - Jetzt wussten wir's. Also dort, wo die vielen feinen Autos stehen, deren Besitzer beim Osaf Besuch machen, ist das Haus der Nazi-Arbeiterpartei. Daher auch der Name NSDAP - Nationalsozialistische Deutsche Auto-Partei.

In München haben übrigens die Nazis nicht viel zu melden. Man hört recht saftige bayerische Witze, mit denen Hitler "derbleckt" wird. Das scheint symptomatisch zu sein. Der Hitler-Rummel ist hier schon zu alt. Er zieht nicht mehr. Man hört immer nur die gleichen Phrasen, die man allgemach schon kennt. Schliesslich hat der Münchener auch nicht vergessen, dass Hitler 1923 ausgekniffen ist, als sein Putsch niedergeschlagen wurde. Versammlungsstörungen gibt's in München schon lange nicht mehr. Einmal sprach Mücke in München. Ueberfüllter Saal. An einem Tische sitzt ein Dutzend Nazis. Die Reichsbannerkameraden haben's schon g'spannt. Sie umstellen unauffällig den Tisch. Da werden unterm Tisch ein paar Stinkbomben ausgetreten. Uebler Duft zieht auf. Die Nazis wollen sich langsam einer nach dem andern "verkrümeln". Aber da werden sie von kräftigen Reichsbannerfäusten wieder auf die Stühle gedrückt. "Jetzt kann niemand raus. Das würde stören". Die Nazihelden müssen noch über eine Stunde in ihrem eigenen Gestank sitzen bleiben.

Die Bahn führt uns nach Mittenwald, dem Geigenbaurdorf. Es ist jetzt ruhig dort. Wenig Fremde, und den Geigenbauern geht's schlecht, sehr schlecht.

sogar. Wir wandern zwischen Wetterstein- und Karwendelgebirge. Prachtvolle winterliche Alpenwelt. Einmal kamen wir über die Tiroler Grenze. Auf bayerischer Seite steht eine gusseiserne Grenztafel. Sie ist weiss gestrichen; das bayerische Wappen und die Beschriftung sind reliefartig in die Tafel gegossen. Die Königskrone über den beiden Löwen hat man beseitigt. Es hat sich also offenbar schon herumgesprochen, dass Deutschland eine Republik ist. Aber die Schrift verkündet noch kreuzfidel "Königreich Bayern". Damit aber niemand Anstoss nehmen kann, ist der "König" mit weisser Oelfarbe gestrichen, wie die übrige Tafel, während der Rest der Schrift schwarzlackiert kundtut, dass hier das "reich Bayern" beginnt.

Im Winterkurort Garmisch-Partenkirchen stehen am Bahnhof zahlreiche Autos und Fiaker. Die Chauffeure und Kutscher stehen auf einem Klumpen zusammen und bereden die schlechten Zeiten. Drei oder vier stürmen auf uns zu und wollen uns irgendwohin fahren. Wir wehren ab, kommen ins Gespräch. "Is scho a Affrett, dös Jahr, dass koani Fremd'n kemma." - "Ja, die Wirtschaftskrise wirkt sich halt auch im Fremdenverkehr aus." - "A wos, Wirtschaftskrise. Schasti-Quasti! Die Leit, die wo zu uns nach Garmisch kemma, die ham allwei no a Geld. An Schnee sollt ma ham, dann kemma d'Leit scho..." - "Jetzt wird's ja bald Frühling und Sommer; dann kommen schon wieder Fremde." - "A, bis dahin is no lang. Aba nächste Woch'n wird's besser. Da kemma 1000 Konditor...." - "So, der Konditorenverband hat hier wohl eine Tagung?" - "Naa, die ham ma b'stellt zum Schnees Schlag'n..." - Schallendes Gelächter belehrt mich, dass ich auf einen bayerischen Scherz hereingefallen bin. Und da soll mir noch einer sagen, dass die Bayern nicht gemütlich sind.

Fix.

Goethe, der Bürger.^x

SPD. "Eine Hochansehnliche Grossherzogliche Sächsische Landesdirektion hat in Nr.76 des vorjährigen weimarischen Wochenblattes eine verehrliche Verfügung gegen die im Parke verübten Frevel publiciret. Man nimmt sich die Freiheit, auf ähnliche Unarten in den anstossenden Promenaden aufmerksam zu machen." - Dieser langatmige, unterwürfige Satz entstammt nicht etwa, wie man aus seiner Datierung - Weimar, den 15. August 1817 - schliessen könnte, einer spiessbürgerlichen Epistel, die der Staatsminister und Geheimrat Goethe zu bearbeiten und zu erledigen hatte. Nein, er ist von Goethe selbst an eine hohe Behörde untertänigst und beschwerdeführend gerichtet worden. Nicht die Eumeniden des Orest, nicht die Lemuren und Geister des "Faust" behelligten hier den Dichter. Vielmehr war es der Staatsbürger Goethe, der sich und seine Sicherheit bedroht fühlte, durch - ein paar Gassenbuben. "Unbändige Knaben" warfen nach seinen Obstbäumen, und man sah sich "in der Hoffnung getäuscht, seine Früchte zu geniessen."

"Ja," fährt Goethe mit höchstem Erstaunen fort, "was seltsam erscheinen muss, dasselbe geschieht mitten im Winter an unbelaubten Bäumen, auf denen nicht etwa ein Nest oder sonst etwas zu bemerken ist, welches Aufmerksamkeit und Begierde erregen könnte. Wie denn der Gensdarmes Lenger, dem ich die bis in die Mitte meines Gartens geflogenen Steine vorgewiesen habe, bezeugen kann."

Das ziemlich umfangreiche Schreiben des Geheimrats, das bei Darlegung des Falles auch nicht den kleinsten Umstand vergisst, appelliert an die Behörden, derartigen "Unarten durch weise Anordnung und kräftige Massregeln für die Zukunft zu begegnen."

Waren es hier die Gassenbuben, so waren es acht Jahre zuvor die Steuern, die dem Bürger Goethe zu schaffen machten. Bis 1808 war Goethe noch immer Frankfurter Bürger geblieben, wovon er seiner Meinung nach keinen weiteren

Nutzen hatte als die Pflicht, städtische Steuern an Frankfurt zahlen zu müssen. Tatsächlich wurde Goethes Wunsch gemäss der grösste Sohn der Stadt Frankfurt im Bürgerbuche gelöscht, nachdem ein Antrag, Goethe das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen, von den Stadtvätern abgelehnt worden war.

Dass jedoch dem Bürger Goethe auch mancher Anlass zu Zufriedenheit und Lob ward, erhellt aus einem Zeugnis, das er seiner Wäscherin ausstellen konnte.

"Allen wohlmeinenden Freunden einer geordneten Wartung und Pflege wollen wir hiermit unsere redliche und treue Wäscherin Frau Barbara Sorge, geborene Gütig, bestens empfohlen halten. Ungeachtet ihres ziemlich vorgerückten Alters behauptet sie ihren Platz als eine zu allen Obliegenheiten des gemeinen Lebens geschickte Person.

Weimar, den 25. März 1826.

J.W. v. Goethe."

So hat wenigstens diese Frau Sorge dem Olympier keine Sorge bereitet, und auch den Gassenbuben mag er verzeihen haben, als er die Verse schrieb:

"Die Jugend ist um ihretwillen hier,
Es wäre töricht zu verlangen,
Komm, ättele du mit mir!"

R.M.

Orakel mit Kraftbetrieb.X

SPD. Durch die stille Nebenstrasse rast ein Auto, stoppt an der Ecke der Verkehrsstrasse. Im Bruchteil einer Minute sammelt sich eine Menschenmenge. Im Fond ist ein Mann mit einer interessanten schwarzseidenen Binde um die Augen daneben, stehend, ein zweiter ohne Binde.

"Meine Damen und Herren!" kommt es mit Pathos aus dem Wagen, "es handelt sich hier nicht um Scherz, nicht um Bluff. Dieser Herr ist Hellseher, Gedankenleser. Um Sie von seinen ganz erstaunlichen Fähigkeiten zu überzeugen, wird er sofort einige Proben geben. Ist jemand unter den Herrschaften so gütig, mir seinen Namen aufzuschreiben? Vor- und Zunamen, bitte, recht deutlich schreiben!"

Da es vorerst noch nichts kostet, streckensich eine ganze Anzahl Hände nach dem aus dem Auto gereichten Block und Bleistift aus. "Kannst du mir also", sagt der Mann zum Gedankenleser, "den Namen dieser Dame sagen? - Ich bitte Sie, meine Dame, den Meister zur Herstellung des Kontaktes ganz fest anzusehen." - Aufrecht steht der Gedankenleser mit der schwarzseidenen Augenbinde (sonst sieht er in seinem englischen Sommerulster aus wie jeder andre Sterbliche) im Wagen, heftig mit beiden Händen gestikulierend. Schliesslich entringen sich seinem Munde mühsam die Worte: "Johanna S.". Es stimmt. Die Dame nickt verblüfft, der Begleiter des Gedankenlesers zeigt triumphierend den Zettel herum. Es folgt die nächste Probe. Der Meister verhaspelt sich zweimal. Ein Teil der Menge lacht, ein anderer hängt andächtig und ängstlich um den Erfolg an den Lippen des Magiers. Beim dritten Male stimmt auch dieser Name.

Ein andres Experiment: Der Begleiter lässt sich vom Publikum Zahlen aufschreiben. Der Magier errät sie. Mit erstaunlicher Sicherheit nennt er die phantastischen, oft bis zwölfstelligen Zahlen.

Genug der Experimente! Das Publikum ist mürbe geworden. Der Gedankenleser entfernt die Augenbinde. "Meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich habe Sie überzeugt, wessen der Mensch mittels seiner psychischen Kräfte, energischster Gedankenarbeit und Konzentration fähig ist. Sollte es mittels dieser Eigenschaften nicht auch möglich sein, in die Zukunft zu blicken, den unangenehmen Dingen, die uns erwarten, aus dem Wege zu gehen? Ich habe hier" - er schwingt ein Bündel Blätter - "eine Reihe Horoskope zusammengestellt. Sie brauchen nur ihr genaues Geburtsdatum anzugeben. Jeder findet in diesen Horoskopen auch

seinen Stern. Sie sind nach dem Lesen dieser Arbeit in der Lage, Gefahren, Krankheiten, geschäftliche Fehlschläge vorauszusehen. Ihre ganze Zukunft ist in diesen Blättern aufgezeichnet."

Das Geschäft geht wie geschmiert. Die Fünzigpfennigstücke fliegen nur so. Ach, wie viele Menschen es gibt, die ihre Zukunft kennen möchten!

Plötzlich ändert sich das muntere Wesen des Gedankenlesers. Sein Gesicht wird düster, sein Blick wird gläsern, starrt aus vorgebeugtem Kopf in die Ferne. Erforscht er die Sterne? Die Horoskope fliegen in den Wagen, der Motor beginnt zu knattern, und wie ein Blitz entschwindet das Orakel im Auto durch die stille Nebenstrasse.

Ein Spuk? Ach nein! Zwei Polizisten erscheinen auf der Bildfläche und bemühen sich vergebens, die Nummer des davonrasenden Autos zu erkennen.

Fischauktion.X

SPD. Die Kauflustigen bieten nicht auf dieser Auktion. Der Krieg der Stimmen fehlt; es fehlt der laute Kampf der Preise; es fehlen die hier lauernden, dort triumphierenden, bald zögernden, bald hastig übertrumpfenden Zurufe der Bietenden. Halblaut, eingelernt surrt der Auktionator seine Preise herunter - 10, 10½, 10 ¾, 11, 11 ¼, 11 ½ - es klingt wie unendliches Gebetsgemurmel oder wie ein heruntergeleiertes Gedicht. Eine stumme Gemeinde lauscht andächtig dem Gebet. Ergriffen hängt sie am Munde des Auktionators. Kein lautes Wort unterbricht seinen Vers, selten nur hier und dort Geflüster. Aber die Blicke folgen den Lippen des Mannes auf der erhöhten Kanzel; die Hände schiessen hoch, bleiben in der Luft stehen. Ein Finger, ein Bleistift, ein Notizbuch winken, winken - bis der Arm enttäuscht sinkt, aus dem Jasagen der Finger ein hastiges, empörtes Ablehnen wird. Einige nicken auch, bis sie mit jähem Kopfschütteln abschlagen. Oder nur die Augen bestätigen mit hastigem Zublinkern, dass man folgt, folgen will - schliessen sich und sehen uninteressiert seitwärts, wenn der vers zu lange dauert, die gemurmelten Zahlen zu hohe Regionen erreicht haben. Auf den letzten Wink, den letzten Blick fällt der Hammer. Und sind alle Kisten eines Stapels zugeschlagen, so packen vier stämmige Männer in festem, starkem Arbeitszeug die Kanzel und rollen sie mit ihrem Priester und seinen Schreibern weiter zum nächsten Kistenstapel. Andere reißen die Kabel aus den Steckdosen einer Batterie von Telefonzellen - zwei, drei - das Licht erlischt in ihnen; eilig springt noch der letzte junge Mann, der eben die Kurse nach Altona, nach Geestemünde gab oder meldete, wie viele Kisten er erstand, heraus. Hinter der Kanzel her werden die Zellen geschoben, zum nächsten Kistenstapel, zum nächsten Kontakt. Auch die Bieter balancieren hinterdrein. Balancieren: nämlich von Fischkiste zu Fischkiste, auf schmalen, auf die Seitenwände aufgenagelten Leisten. Manchmal gleitet jemand ab, glitscht hinein in den Haufen silbriger Leihar in der Kiste. Aber auch dann wird kaum laut gelacht. Es ist, als fände eine Betstunde statt, beherrscht vom Preisvers der Auktionatorpriesters, umrahmt von den erleuchteten Telefonzellen, von den leuchtenden Bändern hier und da, die verkünden, dass diese und jene Firma ihren Mann an den Apparat rufe.

Sie ist wie eine Betstunde, die Fischauktion in Cuxhaven. Eine Andachtsstunde für den grossen Götzen des Kapitalismus, den Preis, in der eine stumme Gemeinde ihm die Frucht tagelangen Kampfes mit Wind und Wellen, das Volk der Fischbänke in der Barentsee, unter Island und in der Nordsee opfert. Jeden Morgen zwischen 6 und 7 Uhr, wenn draussen über Eibe und Watten noch der Frühnebel liegt, werden in den Fischhallen von Cuxhaven die Kanzeln gestellt, die Telefonzellen aufgeföhren, sammelt sich die Gemeinde der Einkäufer aus Fischhandel und Fischindustrie, um mit Winken und Blicken dem Götzen Preis zu

erkennen zu geben, wieviel sie ihm zu opfern bereit sind. Zehnt sende, in der Hauptfangzeit über hunderttausend Zentner Fisch, feinsäuberlich sortiert, bilden das Fussbodenmosaik der Hallen. Die deckellosen Kisten lassen dem prüfenden Blicke die Schätzung frei. Silberglänzen die Leiber der Heringe; ein rotes Quadrat schreiben die Kisten mit Goldbarschen dazwischen; dunkelgrün und bräunlich recken sich die langen Kabliauleiber über die Kistenwände hinaus; dicke, gedrungene, graue Klumpen zeigen sich in den Schellfischkisten. Darüber balanciert von Kiste zu Kiste der Mensch, der Herr; darüber marmelt unaufhörlich, bis der letzte Fisch vergeben ist, der Priester seinen Preissermon; darüber leuchten die Signale der Telefone, der Ein- und Ausfahrten auf. Wo ein Kistenstapel zu Ende ist, lagert auf dem Zementfussboden das Groszeug des Meeres: meterlange, dunkle Haie, zentnerschwere Rochen, die milchige Unterseite nach oben, alte Burschen von Kabliau und Seelachs, die ebenfalls ihre Zentner und Meter am Leibe haben. Zum Schluss ein paar Kisten Aristokratie, Hummer, in ihren Kisten rumorend, mossbewachsene Taschenkrebse, schwerfällig von einer Ecke in die andre wankend, ovale Heilbutte in jener Mittelsgrösse, die den doppelten Preis bringt.

Tempo, Tempo! In der Nacht nat man die Fisch herausgeholt aus dem eisgekühlten Lasteraum der eingekommenen Dampfer und Kutter, die am Kai, der sich an den Fischhallen entlang zieht, festmachen. Dampfer aus der Barentsee und von Island, Kutter von Helgoland und von der Doggerbank. Während noch die Preisbeschwörung des Auktionators die Fische einsegnet für den Eingang in die Verarbeitungs- oder Verkaufsmaschinerie, singen vor den Toren schon die Motoren der Lastautos, surren elektrische Traktoren heran. Marktdiener werfen Firmenzettel in die versteigerten Kisten, Frauen wälzen Körbe mit geschlagenem Eis von den Autos und Karren, eilige Hände greifen zu, packen die Fische aus den Auktionskisten in die Körbe der neuen Besitzer. Draussen heulen die ersten Fabrikpfeifen auf, rufen die Menschen an die Maschinen, die die Fischleiber zerlegen, zersägen, räuchern sollen. Tempo, Tempo! Der elektrische Funke spricht zum Betriebsbüro, zum Güterbahnhof, zur Zentrale in Berlin und Hamburg, zu den gleichzeitigen Märkten in Altona, Geestemünde. Heringe, wieviel Zentner? Wieviel Rotbarsch für Filet? Wieviel Wagen, wieviel Züge?

Draußen, unter Island, unter der Bäreninsel, unter Novaja Semlja, versuchen im Kartenhaus der Fischdampfer grobe Hände Funkapparate auf den Empfang der Kurse einzustellen. Bis in jene entlegensten Gegenden reicht die Herrschaft des Götzen Preis, denn nach dem Preise berechnen sich die Prozentzuschläge der Fischdampfermänner.

Nervös tackt ein Kutter die Elbe hinauf. Die Auktion soll noch erreicht werden, muss noch erreicht werden. Einkommen nach Schluss heisst 24 Stunden liegen bleiben, einen Tag Verlust, eine Ladung weniger abgesetzt. Götze Preis lässt nicht mit sich spassen. Puck.

SPD. Zeitgemässe Maske. Zülpich geht zum Maskenball. Mit einer Mütze auf dem Kopf. Auf dem Bande steht: "Städtisches Gaswerk". Der Portier weist Zülpich entrüstet zurück. "Sie können hier nicht rein."

"Warum kann ich nicht?" fragt Zülpich.

"Heute ist Maskenzwang."

"Na, ich bin doch eine Maske!" brüllt Zülpich empört.

"Sie wollen eine Maske sein?"

"Selbstredend," deutet Zülpich auf das Band seiner Mütze. "Ich bin eine Gasmaske."

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 12. Februar 1932

Der Preussische Landtag befasste sich am Donnerstag und Freitag mit einer Grossen Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen angeblich beleidigender Aeusserungen des Oberpräsidenten Noske in Hannover über die deutschen Richter.

Abg. Rhiel (Ztr.) betonte am Freitag, dass die Aeusserungen des Oberpräsidenten Noske scharf zu verurteilen seien, wenn sie tatsächlich so lauten, wie sie in der Grossen Anfrage wiedergegeben worden sind. Andererseits ist festzustellen, dass man nicht Urteile decken könnte, die die Objektivität der Richter vermissen liessen. (Beifall im Ztr.)

Abg. Lau-Hannover (Soz.):

stellt fest, dass Noske keine Gelegenheit gehabt habe, sich auf diese Rede, zu der er plötzlich veranlasst wurde, vorzubereiten. Noske habe persönlich erlebt, dass Urteile gefällt wurden, die dem Rechtsempfinden widersprachen. Ihm als Oberpräsident einer grossen Provinz sei nicht genügender Rechtsschutz gewährt worden. Ein Mann, der den Reichsfinanzminister Hilferding der Schiebung bezichtigt hatte, sei mit 200 Mark Geldstrafe davongekommen, ein anderer, der den verstorbenen Reichskanzler Hermann Müller einen Lumpen nannte, der das deutsche Volk an den Feindbund verkauft habe, nur 140 Mark Geldstrafe und einer, der dem Reichsernährungsminister Schiele nachgesagt hat, er verschiebe künstlichen Dünger an die Franzosen, sei ganz straffrei ausgegangen. Angesichts solcher Urteile solle man wirklich auf den Gedanken kommen, dass Richter geurteilt hätten, die bedauerten, dass sie den Täter nicht noch Belohnung geben konnten.

Abg. Benscheid (Komm.) erklärte, Noske habe am allerwenigsten Ursache, an der deutschen Klassenjustiz irgend etwas auszusetzen.

Abg. Stendel (DVP.) Auch der verstorbene Führer der Deutschen Volkspartei, Stresemann, habe sich die hässlichsten Angriffe gefallen lassen müssen, ohne dass immer die erforderliche Sühne dafür erfolgt sei. Die Antwort der Regierung könne nicht befriedigen.

Justizminister Dr. Schmidt erklärte, es müsste zugegeben werden, dass eine Reihe von Urteilen wegen Beleidigung hoher Beamter vorliege, die zu rechtlichen Bedenken Anlass gaben. (Hört! Hört! b.d. Soz.)

Staatssekretär Abegg vom Ministerium des Innern machte darauf aufmerksam, dass eine stenographische Aufnahme der Aeusserungen Noskes nicht erfolgt sei. Infolgedessen sei eine objektive Feststellung des wahren Sachverhalts nicht möglich gewesen.

Abg. Grzimek (Staatsp.) bedauerte die Vorwürfe der Deutschen Volkspartei, denen mit dem Augenblick der Boden entzogen worden sei, in dem Oberpräsident Noske die Erklärung abgegeben habe, dass ihm jeder Angriff auf die Richterschaft fernegelegen habe. Es handele sich auch tatsächlich bei dem Vorgehen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen gar nicht darum, die Richter zu schützen, sondern um Agitation zu treiben (Zurufe rechts.)

Abg. Hestermann (W.P.) sagte, Oberpräsident Noske hätte ein Wort des Bedauerns über seine Entgleisung sagen müssen.

Abg. Borck (Dnat.) meinte, es scheine ihm, als habe die heutige Regierung den Wortlaut der Aeusserungen Noskes nur deshalb nicht feststellen wollen, um Noske nicht fallen lassen zu müssen.

Abg. Kuttner (Soz.)

betont, dass seine Partei volles Verständnis dafür habe, wenn die Richter ihre Ehre wahren wollten. Die Richter müssten dann aber auch die Ehre der Anderen doppelt schützen. Manche Richter sprächen aber leicht von "Entgleisungen im politischen Kampf", wenn einer Persönlichkeit, deren Existenz auf ihrer Ehre

beruht, diese Ehre abgesprochen wird. Der Berliner Amtsgerichtsrat Kessner habe die Ehre des Sozialdemokraten Brolat öffentlich beschimpft, ohne Brolat zu hören. Obwohl Kessner dafür scharf gerügt sei, habe er noch nicht Veranlassung genommen, seine Beschimpfungen zurückzunehmen. Ein Amtsrichter in Rotenburg habe die gesamte deutsche Presse beschimpft, als er aussprach, es sei keine Beleidigung, zu behaupten, der "Vorwärts" sei mit 800 000 Mark gekauft worden, worin nichts Ehrenrühriges für die Redakteure liege. Der Redner erörtert ausführlich, wie auch die Ehre der Frau heute keinen ausreichenden Schutz geniesse. Ein Nationalsozialist habe einen hohen Beamten in Köln beschuldigt, dass er eine Dirne geheiratet habe. Der Beamte habe geklagt und der Angeklagte habe nicht den Schatten eines Beweises erbringen können. Daraufhin habe er beantragt die Frau des Klägers laden zu lassen, um sie zu befragen, ob sie sich sittlicher Verfehlungen schuldig gemacht habe! Dass sich ein Gericht finde, dass einem so bubenhaften Beweisantrag stattgegeben habe, sei ein grenzenloser Skandal.

Damit schloss die Besprechung. Die Ueberweisung der Anfrage an den Rechtsausschuss wurde abgelehnt.

Es folgte die Beratung einer weiteren grossen Anfrage der Deutschen Volkspartei, die sich mit der Versetzung des Polizeimajors Levit nach Gleiwitz beschäftigte.

Abg. Metzenthin (DVP.) Die Preussische Volkspartei gebe sich Mühe unparteiisch zu sein. Der Fall Levit sei jedoch ein klassischer Beweis dagegen.

Ein Regierungsvertreter verliest die Antwort des preussischen Innenministers, in der es heisst, dass die Versetzung des Polizeimajors aus dienstlichen Gründen erfolgt sei.

Abg. Borck (Dnat.) bezeichnet diese Antwort als eine Provokation.

Abg. Metzgenthin (DVP.) protestiert gegen die schematische Beantwortung.

Abg. Bartold-Hannover (Staatsp.) hält der Volkspartei und den Deutschen nationalen ihre Haltung in Braunschweig entgegen.

Staatssekretär Abegg erklärt, dass die Anfrage der Volkspartei die Manneszucht in der Polizei nicht fördere.

Die Besprechung wird geschlossen. Die Grosse Anfrage ist damit erledigt. Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 16. Februar 12 Uhr. -Anträge zu den Sparmassnahmen der letzten Notverordnung. Schluss 17½ Uhr.
